Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Samstag. Vierteljährliches Abonnement 0,525 Reichsmark für Zwangsmitglieder nur Postbezug. Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Achtfernsprechzeile) 0,40 Reichsmark, Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Gust. Wenckers, Nürnberg. + Fernsprecher: Nr. 24 403 Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). + Verlagsstelle: Essenweinstraße 11. Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inseratenzw. Postscheckkonto Nürnb. 23 089 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 47 — Nürnberg, den 21. November 1928 — 42 Jahrgang

Das Geschäftsjahr 1927 in den Aktiengesellschaften der Schuhindustrie

Vor dem Kriege kannte die deutsche Schuhindustrie im Ganzen nur elf Aktienbetriebe. Die Mehrheit der Fabriken war privates Besitztum der einzelnen Eigentümer. Die Umzahlung der Aktienbetriebe in heutiger Zeit zeigt eine grundstürzende Aenderung in der Kapitalstruktur der Unternehmungen an. Immer mehr wachsen die Zahl der Betriebe an, die aus verschiedenen Gründen die Form der Aktienunternehmung wählen. Von Ausnahmen abgesehen, beweist diese Entwicklung, in welch gewaltigem Ausmaß das Finanzkapital als Geldgeber und teilweise auch als Beherrscher auch in diese Industrie eingedrungen ist.

In zahlreichen Aktiengesellschaften herrschen heute die Großaktionäre, die Besitzer der vielstimmigen Vorzugsaktien und die Banken als die Vertreter der bei ihnen von ihren Kunden deponierten Aktien über das Gesamtvermögen und Schicksal dieser Unternehmungen. So entstehen ständig neue Herrschaftsformen des Kapitals.

Obwohl besteht eine gesetzliche Verpflichtung der Aktienfabriken, der Oeffentlichkeit ihre Bilanzaufstellungen zugänglich zu machen. Was da aber veröffentlicht wird, ist derart verschwommen und so wenig durchsichtig, daß schwerlich daraus etwas Genaues zu entnehmen ist. Die Grenzen, inwieweit wirklich mit Eigenkapital und wieweit mit geliehenem Fremdkapital gearbeitet wird, sind so verwischt, daß schließlich nur der Spezialist aus den Schlüssen kann. Vergeblich sucht man bei dem Einzelunternehmen auch nach einem Anhaltspunkt, inwieweit Geldmittel beteiligt sind. Das Handelsgesetzbuch schützt den Gläubiger wohl davor, daß eine Aktiengesellschaft ihr Vermögen zu hoch in die Bilanz einsetzt, gegen Unterbewertung hat das Handelsgesetzbuch aber nichts einzuwenden.

Wieweit z. B. die Einschätzung der Gebäude, Maschinen usw. bei jedem einzelnen Betrieb hinter dem Zeitwert zurückbleibt und so der Betrieb sich eine Reserve sichern kann, ist natürlich aus den Bilanzen nicht ersichtlich. So zeigt die Aufstellung der Bilanz der einen Fabrik ganz andere Grundlage als die der anderen Fabrik; beide können nach verschiedenen Methoden eine Verschleierung ihres echten Vermögensbestandes vornehmen. Einfache Zahlenaufstellungen an sich zwischen mehreren Aktiengesellschaften sind sich also schwierig zu vergleichen. Wer herauslesen will aus der Bilanz, ob ein Unternehmen finanziell als gut oder schlecht fundiert angesehen werden kann, steht vor den größten Schwierigkeiten.

Ähnlich schwierig gestaltet sich die Untersuchung über die Rentabilität des einzelnen Unternehmens. Die Höhe der Dividende ist längst kein Maßstab mehr, um den Profit, der in Wirklichkeit herausgearbeitet wird, ermessen zu können. Die Verwaltung der Aktiengesellschaft und die Aktionäre haben sehr häufig ganz verschiedene einander gegenüberstehende Interessen. Der dem Betrieb fernstehende kleinere oder größere Aktionär wird für hohe Dividende sein. Die Verwaltung des Betriebes hält häufig eine andere Verwendung der Ueberschüsse für gut, nämlich für die innere Festigung des Unternehmens, für starke Reservebildung und für das Festhalten der flüssigen Mittel. Der Großaktionär, der vielleicht gleichzeitig Verwaltungsbeamter des Betriebes ist, verzichtet auf hohe Dividende, wenn er in Form von anderen Bezügen eine Befriedigung findet.

Die Ueberschüsse, die die Aktienbetriebe heute machen, werden nur zum geringsten Teil für die Ausschüttung der Dividenden benutzt. Der größere Teil des wirklichen Gewinnes, der nicht in der Dividendenausschüttung erscheint, wird dazu benutzt, um offene und stille Reserven zu bilden. Der wirkliche Gewinn dient auch dazu, die Produktionsmittel in viel größerem Maße abzuschreiben, als das vor dem Kriege der Fall war. Vor dem Kriege beschaffte man sich auch die Mittel für größere Neuanlagen auf dem Anleihewege. Die aufgenommenen Kredite wurden dann im Verlaufe von Jahrzehnten getilgt. Heute aber bestreitet man vielfach die Aufwendungen für Neuanlagen aus den laufenden Einnahmen (Selbstfinanzierung). Die Folge der erleichterten Bildung von Reserven, der erhöhten Abschreibung und der Finanzierung von Neuanlagen aus den laufenden Einnahmen ist ein Anschwellen der Unkostenkonten. Der Reingewinn wird damit unter künstlichem Druck gehalten und damit auch die Dividende.

In der nebenstehenden Tabelle sind die Aktiengesellschaften in der Schuhindustrie nach der Größe des Aktienkapitals geordnet, was, wie schon angedeutet, nicht unbedingt die richtige Abstufung nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmungen zu sein braucht. Eine derartige Aufstellung erlaubt wohl auch Rückschlüsse, aber das finanzielle Fortdauern der Unternehmungen, die Rentabilität oder Bilanzgenauigkeit genaue Schlüsse zu ziehen.

Die Rentabilität auch der Schuhindustrie Aktiengesellschaften hat zurückgehen dem Vorjahre nicht eine ganz wesentliche Besserung zu verzeichnen. Die Dividendenziffern sind besser geworden als 1926. Es konnte ja auch nicht anders sein, daß die wirtschaftliche Umstellung, die Steigerung des Beschäftigungsgrades im Jahre 1927, der billiger gewordene Zins und die geänderte Steuerpolitik auch auf die Unternehmergewinne auswirken mußten. Die Dividendenziffern stehen auch hier nicht den allgemeinen Maßstab zu. Die buchmäßige Reingewinn zur Zahlung vorgenommen wurde, ist noch lange nicht gesagt, daß daneben noch noch andere aus der Bilanz nicht ersichtbare Erträge erzielt werden sind. Denn was an Abschreibungen auf die Betriebsanlagen wirklich geleistet wird, bleibt der Oeffentlichkeit verborgen. Das Jahr 1927 ist bekanntlich ein Jahr der Umstellung gewesen. Die Produktionsanlagen wurden, um sie rationell zu gestalten, in ersteinmaligem Umfang erneuert. Es kam darauf an, neuzeitlich, umfassend das auch in der Schuhindustrie auf dem Wege der Schuhfinanzierung geschehen ist, indem das vorhandene Kapital vom Reingewinn abgezogen und auf investiert Konto der Bilanz verlegt ist.

Es ist nicht unbekannt, daß gerade die Schuhindustrie wie keine andere unbedeutend von den schweren Geschäftsbedingungen heimgesucht war. Man weiß doch eine machtvolle Uebersicht der Industrie, die Fusionen hatte, daran anschließend ein Konkurrenzgesetz, unter dem selbst alte, große früher aufhindierte Betriebe zu leiden verbrechend, teils ganz zum Erliegen kamen. Man braucht nur die einzelnen Fälle in München, in Stetten-Hechingen, in Pirmasens und anderen Orten zu verzeichnen. Leichtest ist der „Reinigungsprozeß", der man eingesetzt hat, heute noch nicht ganz abgeschlossen, wie aus einigen Fällen der norddeutschen wie auch süddeutschen Industrie zu entnehmen ist.

Das Jahr 1927 mit seinem merkbaren Aufstieg ist aber offenbar als ein Wendepunkt für die Schuhindustrie anzusehen. Gut geleitete und gut fundierte Betriebe konnten sich in diesem Jahre wieder sehr kräftig entwickeln. Unverkennbar läßt sich das Jahr 1927 als ein Jahr der Konsolidierung bezeichnen. Wer irgend dazu imstande war, hat seine Produktionsanlagen und Betriebseinrichtungen erneuert und rationalisiert. Abgesehen davon, daß die Gewinne ganz wo anders stecken können, können sich die Zahlen in der Spalte „Reingewinn" schon sehen lassen. Reingewinne, die in die Millionen gehen oder fast an die Million heranreichen, sind kein Pappenstiel. Daß die Rentabilität der Unternehmen nicht nur an der Höhe der Dividende zu messen ist, läßt sich z. B. an dem Abschluß der Firma Golo studieren, wo neben einer „Dividendenausschüttung" von 81,000 ℳ das Ausgabekonto „Tantiemen und Gratifikationen" mit nicht weniger als 78,000 ℳ figuriert. Im

Aktiengesellschaften in der deutschen Schuhindustrie 1927

Unternehmungen	Sitz	Rechnungsabschluß 1926/27: Zeitpunkt	Aktienkapital RM	Reserven RM	Reingewinn RM	Dividende %	Arbeiterzahl ermittelt Oktober 1927
J. Tigle & Cie., Schuhfabrik, AG.	Mormweistheim	31. 12. 27	14 000 000	2 500 000	3 227 869	14	4002
Ver. Schuhfabrik, Bernese Wessels AG.	Augsburg-Nürnberg	31. 12. 27	6 380 000	750 000	712 081	6	2203
M. & L. Eck, Schuhfabrik, AG.	Erfurt	30. 9. 27	6 000 000	—	712 679	6	1618
Konrad Tack & Cie., Schuhfabrik, AG.	Berlin, Burg b. M.	31. 12. 27	5 500 000	770 000	850 557	8	1583
Lanetzen & Cie., AG.	Zinnigart Cannstatt	1926/27	5 000 000	—	511 317	—	2385
Ed. Lingel, Schuhfabrik, AG.	Erfurt	30. 6. 27	3 840 000	201 061	165 851	4	830
J. J. Schauer, AG.	Reutlingen	31. 8. 27	3 300 000	57 000	185 825	—	77
Ed. Rheinberger, AG.	Pirmasens	30. 6. 27	2 000 000	1 000 000	561 281	—	1641
Schuhfabrik Eugen Wallerstein, AG.	Offenbach a. M.	31. 12. 27	1 800 000	57 156	50 485	—	865
Schuhfabrik Hassia, AG.	Offenbach a. M.	31. 12. 27	1 600 000	160 000	71 477	4	1227
Tatzara Schuhfabrik, AG.	Erfurt	31. 12. 27	1 500 000	—	—	—	?
Golo Schuhfabrik, AG.	Frankfurt a. M.	31. 12. 27	1 300 000	100 000	142 792	6	1139
Eduard Hammer, AG.	Dresden	1. 8. 24	1 296 000	—	—	—	195*)
Engelhardt & Co., Schuhfabrik	Kassel	30. 6. 27	1 200 000	120 000	261 290	—	540
Hertz AG.	Frankfurt a. M.	1928	1 200 000	—	—	—	506
Hohenzollernsche Schuhindustrie AG. vorm. Schiele	Stetten b. H.	14. 8. 27	1 000 000	25 352	—	Betrieb ruht!	
Jos. Weiermann, Schuhwarenfabr., AG.	Burgkunstadt	31. 12. 27	1 020 000	193 279	296 220	10	338
Ludwig Kopp, Schuhfabrik, AG.	Pirmasens	30. 6. 24	1 000 000	—	—	—	734
Schuhfabriken Hang & Leonhardt AG.,	Eppendorf	31. 12. 27	1 000 000	—	61 952	—	3088*)
F. C. Bohnert AG.	Erfurt	30. 4. 27	750 000	61 270	55 858	—	501
S. Wolf & Cie. AG., Schuhfabr.	Stetten b. Heching	31. 12. 27	750 000	125 000	48 875	—	357
Schuhfabrik Lumal AG.	Luckenwalde	1927	600 000	—	—	—	343
Anerswald & Tauerbrunn AG.	Löbnitz	31. 12. 27	600 000	42 358	—	—	152
Burchardt & Zell AG., Schuhf.	Pirmasens	31. 12. 27	600 000	11 758	—	—	229
Erfurter Meckan. Schuhfabrik AG.	Erfurt	30. 6. 27	546 000	—	85 590	—	386
Schuhfabrik Gebr. Reinhardt AG.	Bamberg	31. 12. 27	500 000	21 034	20 185	—	261
Schuhfabrik Silberstein & Neumann AG.	Zeckerinfurt	30. 6. 27	744 000	288 749	106 741	—	393
Romeo Schuh AG.	Berlin	31. 12. 27	500 000	500 000	—	—	?
Ang. Oppelt, Schuhfabrik, AG.	Zeichenners dorf	31. 1. 27	500 000	5 456	14 270	—	189
Schuhf. Confiventia Jos. Cornelius jr.	Meblenz	1927	488 000	48 840	1 885	—	391
Schuhfabr. Ferd. Rinne AG.	Hess. Oldendorf	31. 12. 27	480 000	20 000	38 851	6	76
Gebr. Dichmann AG.	Tuttlingen	31. 12. 27	450 000	—	2 754	—	117
Oberrhein Schuhf. J. Müller Söhne AG.	Spever a. Rh.	31. 12. 26	450 000	—	41 740	—	160
Löser, Lockemeyer & Stadler AG.	Kirchen	30. 6. 28	420 000	55 000	1 425	—	201
Schuhfabrik Pfullingen AG.	Pfullingen	31. 8. 27	400 000	79 414	5 164	—	?
Manes-Schuh AG.	Mainz	1924	400 000	—	—	—	?
Lucaria AG.	Erfurt	1924	400 000	—	—	—	?
Bernhard Roos AG.	Speyer	19. 6. 7	?	?	40 131	—	561
Krelz & Schneider AG.	Erfurt	19. 4	400 000	—	—	—	?
Delpschier & Co.	Zittau-Oberturkh.	30. 6. 27	?	270 000	1 324	—	184
Saxonia Schuhfabrik AG.	Gera-Reich	31. 12. 26	400 000	50 000	3 958	—	151
Schuhfabrik Mainz AG.	Bamberg	31. 12. 27	390 000	40 000	63 817	10	270
Neb. Ehrhardt, mech. Schuhfabr., AG.	Esterlein Zweinig	30. 6. 27	350 000	35 000	—	—	324
Weis & Co., Schuhfabrik, AG.	Gaisenheim b. Mainz	30. 9. 27	330 000	—	—	—	172
Thür. Schuhf. Schreiber & Honer AG.	Mühlhausen Th.	31. 12. 27	300 000	341 000	—	—	306
Bayerische Schuhfabrik AG.	Main Kappes	31. 12. 27	300 000	—	211 000	—	?
Pfade & Marquardt AG.	Lemgo	31. 12. 26	290 000	193 883	6 333	5	229
Ludwigsfer Schuhfabrik Hertz & Co.	Neustadt an	30. 6. 27	250 000	15 000	9 878	—	82
Carl Fritz, Schuhfabrik, AG.	Bernsheim	1926	?	?	—	—	69
Fritz Schuhfabrik AG.	Mannheim	30. 6. 27	250 000	—	116	—	120
Schuhfabrik Herbig AG.	Mannheim	31. 12. 27	200 000	13 691	9 189	—	110
Gesalle Schuhfabrik AG.	Meerane	19. 7	160 000	—	—	—	70
Bravo-Schuhfabrik AG.	Frankfurt a. M.	31. 12. 27	160 000	5 325	61 141	12	258
Trutzingen Schuhfabrik AG.	Cilmer	31. 12. 27	150 000	—	—	—	?
Schon & Schmidt AG.	Bodenheim	1. 7. 27	130 000	5 706	—	—	63
Pirmasens Schuhfabrik AG.	Erfurt	19. 4	150 000	—	—	—	?
Zeitzbiter Schuhf. Bh. Mutschicht AG.	Zeitz	24. 9. 27	125 000	—	—	—	53
Wickert, Jacobs Weissmann Schuhf. AG.	Berlin	31. 12. 26	105 000	1 498	—	—	?
Emil Jacobs AG.	Berlin	1926	105 000	59 257	12 294	—	?
Remula Schuhfabrik AG.	Osterrath	1924	100 000	—	—	—	?
Max Bernhardt, Schuhfabrik, AG.	Meerane	1924	100 000	—	—	—	?
Gebr. Altmann AG.	Berlin	31. 12. 26	60 000	26 000	2 438	—	52
Lewy Luxusschuhfabrik AG.	Berlin	31. 12. 26	26 000	—	—	—	15
Hess. Schuhfabrik AG. i. Liquid.	Oberursel	—	30 000	—	—	—	?
Glebus Schuh AG.	Berlin	16. 7. 28	20 000	—	525	—	?
Jungmann, Schuh AG.	Berlin	31. 12. 26	6 000	—	—	—	?
Wilhelmshavener Schuhfabrik AG.	Wilhelmshaven	31. 12. 27	5 000	—	—	—	?

*) Herbst 1928

anzen gesehen, muß man sogar verwundert sein, wie eine so schwer niederdrückende Industrie im Verlaufe weniger Monate besseren Geschäftsgangs sich kapitalistisch belehen so rasch erholen konnte. Daß man der Schuhindustrie in kapitalistischen Kreisen Vertrauen entgegenbringt, zeigt auch die Neubautätigkeit für industrielle Anlagen, wie man sie in Worms-Heim, in Nürnberg, in Kassel, im Wermelskirchener Gebiet und an weiteren Plätzen beobachten konnte.

Eine größere Konzentrationsbewegung in der deutschen Schuhindustrie ist für 1927 nicht zu vermerken. Es mag hier festgehalten sein, daß die Bayerische Schuhfabrik AG. in Schweinfurt sich mit der bisher schon über durch Interessengemeinschaft verbundenen Schuhfabrik Silberstein & Neumann AG. in Schweinfurt vereinigt hat. Die Schuhfabrik Hertz AG. in Frankfurt a. M. hat nach ihrer Konsolidierung den Fabrikanlagen der früheren Fabrik von Lerzer & Leander, die sie käuflich erwarb, einen zweiten Betrieb angegliedert. Die Firma Emil Pfister, Berlin, hat die Burger Fabrik bei Bremen erworben. Der Betrieb von Pfade in Pirmasens ist von der Firma Emil Kaufer erworben und weiterbetrieben worden. Die Unternehmungslust hat, alles in allem betrachtet, nicht nachgelassen. Das wird man als ein gutes Zeichen betrachten können. Man wird es aber auch den Unternehmern gegenüber kennen müssen, die der Arbeiterschaft gegenüber so knauserig in der Methode gewesen, alles schwarz in schwarz zu malen. Jedenfalls ist es so, daß die Arbeiterschaft der Schuhindustrie sich unter der Geschäftsbelebung 1927 von dem Elend der vorherigen Jahre sich kaum erholen konnte. Das Kapital hat ganz ansehnliche Profite gemacht. Ohne Zweifel hat man auch die Praxis geübt, die Kosten, die durch die Rationalisierungsmaßnahmen entstanden, so viel wie möglich den Schultern der Arbeiterschaft aufzubürden.

Mühlhausen i. Thür. hat in den früheren Geschäftsräumen der Firma Thomas Lack, in Erfurt, die sie käuflich erwarb, einen zweiten Betrieb aufgemacht. Die Firma Emil Pfister, Berlin, hat die Burger Fabrik bei Bremen erworben. Der Betrieb von Pfade in Pirmasens ist von der Firma Emil Kaufer erworben und weiterbetrieben worden. Die Unternehmungslust hat, alles in allem betrachtet, nicht nachgelassen. Das wird man als ein gutes Zeichen betrachten können. Man wird es aber auch den Unternehmern gegenüber kennen müssen, die der Arbeiterschaft gegenüber so knauserig in der Methode gewesen, alles schwarz in schwarz zu malen. Jedenfalls ist es so, daß die Arbeiterschaft der Schuhindustrie sich unter der Geschäftsbelebung 1927 von dem Elend der vorherigen Jahre sich kaum erholen konnte. Das Kapital hat ganz ansehnliche Profite gemacht. Ohne Zweifel hat man auch die Praxis geübt, die Kosten, die durch die Rationalisierungsmaßnahmen entstanden, so viel wie möglich den Schultern der Arbeiterschaft aufzubürden.

Der Großkampf in Westdeutschland

Im größten Industriegebiet Europas herrscht eine Ruhe. Der Wunder dieser gewaltsamen Stätte der Arbeit fühlt sich in die Zeit des Ruhkampfes von 1923 zurückversetzt, wo ebenfalls die gewaltigen Zuckungen ihre stählernen Glieder taten lecken, die Zeit der Hoffnungen geweckt waren und aus den Essen nur spärlich Rauch stieg. Bei fünf Zehnten standen Arbeiter und Unternehmer zusammen, um sich gegen das gnadenlose Diktat eines Unternehmerverbandes zu wehren. Vielleicht war es eine falsche Front und es wird etwa unentschieden bleiben, daß die Arbeiter im Kampf gegen den Gewaltstreich Poincarés nicht Individualismus zeigten, als diejenigen, deren Werke letzten Endes gegen feindliche Invasionen schützen werden sollten. Das Vaterland hat sich nicht als „solch" gezeigt. Die Ruhrmonatslöhne haben nicht weniger als 175 Millionen Goldmark als Entschädigung für die Verluste des Ruhkampfes erhalten. Die Arbeiterschaft ist hier ausgenommen bzw. mit kleinen Unterstützungen abgefunden worden. Fünf Jahre sind seitdem verflossen. Die Tatsache demonstrierte Abrede von Unternehmern und Arbeitern hat seine Wirkungen zur Modernisierung der schlesischen Gewerbe beigetragen, die heute im dortigen Revier herrschen.

Wie lagen und wie liegen die Verhältnisse im Eisenkampf?

Nach langjährigen Verhandlungen hat der Schlichter einen Schiedsspruch gefällt, der eine durchschnittliche Lohnerhöhung vorsah. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedsspruch ab. Das Reichsarbeitsministerium holte die Parteien nach Berlin und versuchte auf der Grundlage des Schiedsspruches eine endgültige Regelung herbeizuführen. Die Unternehmer waren zu einem Entgegenkommen nicht zu bewegen. Daraufhin hat der Reichsarbeitsminister nach Fühlungnahme mit dem gesamten Ministerium den Spruch für verbindlich erklärt. Ein verbindlich erklärter Schiedsspruch, von höchster Stelle ausgesprochen, ist tatsächlich bindend. Für die Unternehmer erhob sich nun die Frage, ob sie den verbindlich erklärten Schiedsspruch anerkennen oder die Maßnahmen außerordentlich verteuern sollten. Sie haben sich für das letztere entschieden und die Betriebe geschlossen.

Ein Kampf gegen die Staatsautorität.

Dann begann ein Kampf, der in dieser Heftigkeit noch nicht geführt wurde und der sich in seiner ganzen Zeitlichkeit nicht allein gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen die Grundgedanken des Schlichtungswesens und gegen die Staatsautorität richtet. Wohl haben die Unternehmer eine Erklärung ab, die dies zu bestreiten versuchte. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Wir kämpfen nicht gegen die Staatsautorität, wir kämpfen nicht gegen den Grundgedanken des Schlichtungswesens, wir kämpfen nicht gegen die Institution der Gewerkschaften. Vielmehr kämpfen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegen über der deutschen Wirtschaft für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus in der deutschen Eisenindustrie, für die Rentabilität der Wirtschaft und damit für die Weiterführung unserer Betriebe."

In der Geschichte der sozialen Kämpfe dürfte gleichermaßen eine Parteieinheit nicht in Erscheinung getreten sein. Hier wird zu bestreiten versucht, was die westdeutschen Schwerindustriellen selbst jetzt langsam anerkennt haben und was die Spatzen laut und deutlich von den Dächern pfiffen. Anscheinlich kämpfen sie für die Rentabilität der Wirtschaft, für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus und der deutschen Exportfähigkeit. Nach neuesten Berechnungen erfordert die Lohnerhöhung eine Mehrausgabe von 67 Millionen Mark jährlich. Die Erhöhung der Werke vermischt in einem einzigen Tage mehr Unkosten, als die Lohnerhöhung pro Jahr ausmacht! Daß die Unternehmer für die Rentabilität kämpfen, wird von niemand bestritten. Rentabilität, möglichst hohe Profite, ist stets das Ziel, an man kann sagen das alleinige Ziel der Unternehmerwirtschaft. Die Aufrechterhaltung des Preisniveaus! Was ist mit dieser hohlen Phrase gemeint? Gemeint ist damit, daß ohne Lohnerhöhung die gegenwärtige Höhe der Eisenpreise erhalten bleibt, anderseits aber eine Erhöhung der Eisenpreise und damit ein Druck auf das gesamte Preisniveau eintreten müßte. Vom Fachleuten und auch vom Reichsarbeitsminister ist die Tatsächlichkeit der ausgesprochenen Lohnerhöhung anerkannt worden. Der Prozeß der Rationalisierung und die Umstellung der Betriebe sind noch nicht vollständig zur Auswirkung gekommen. Es besteht die Hoffnung, daß diese rationalisierende Mehrausgabe entweder sofort oder in der nächstnahen kurzen Zeit eingeholt werden kann. Das alles sind aber nur leere Ausreden und Phasen. In Wirklichkeit hat das reaktionäre Scharfmachertum Deutschlands hier eine besonders rücksichtslose Gruppe ins Treffen geführt, um das verhaßte Schlichtungswesen zu bekämpfen und die jetzige Staatsautorität zu untergraben. Wissen sie doch, daß sie bei einem eventuellen Siege für eine Zukunft im Vorteil sind.

Streiflichter zum Ruhreisenkampf

Das nennt man Beweisführungen!

Bei den Lohnverhandlungen für die Metallarbeiter Ruhrgebiet erklärten die Arbeitgeber wiederholt, sie könnten keine weitere Lohnbelastung tragen, da sie am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angekommen seien. Sie überschütteten die Gewerkschaftsvertreter mit einem Wust von Zahlen, Feststellungen von Arbeitsbelegen. Da die Gewerkschaften natürlich keinen Einblick in die Geschäftsbücher der Unternehmer haben, konnten sie von dieser Seite die Behauptungen der Arbeitgeber nicht direkt widerlegen. Das geschah dann den Lesern, um „herauszustellen", daß ihre Angaben „bewiesen" seien. So läßt sich allerdings die Beweisführung recht durchführen.

Die Unternehmer begründeten ihre ablehnende Haltung in den Lohnfragen damit, daß ihre Erlöse vom Oktober 1927 bis August 1928 um 1,5 bis 6 v. H. zurückgegangen seien. Dem Schlichter wurde eine Nachprüfung dieser Angaben – im Zeitraum einiger Stunden – angeboten, den Gewerkschaftsvertretern dagegen jede Einsicht in die Bücher verweigert. Daß der Schlichter durch ein solches Angebot über den Tisch barbiert werden sollte, liegt klar auf der Hand, denn wie soll eine solche Nachprüfung in wenigen Stunden möglich sein? Es müßte denn die Angaben der Werke als unumstößliche Wahrheiten hinnehmen. Eine wirkliche Prüfung ist unmöglich.

Eine wirkliche Prüfung sieht anders aus.

Wer wirklich prüfen will, muß neben den Erlösen auch die Gestehungskosten zu erforschen in der Lage sein. Haben sich z. B. die Gestehungskosten um 10 v. H. gesenkt, dann besteht, trotz der unveränderten Erlöse, ein Mehrgewinn! Auch andere Möglichkeiten bestehen. Falsch ist im Bereiche der Möglichkeit liegendes Beispiel. Es wäre denkbar, daß die Unternehmer ihre Einnahmen aus den Auslandsverkäufen auf ausländische Banken anlegen und dann diese Summen von derselben Bank als Auslandsanleihen zu hohen Zinsen herausnehmen. So konnte man von einer Tasche in die andere arbeiten. Diese und viele andere Möglichkeiten müssen aber nachgeprüft sein, wenn man sich ein Bild von der wirklichen Lage der Werke machen will. Das ist weder dem Schlichter noch somit einem Schiedsmannsamt in wenigen Stunden oder Tagen möglich. Die Gewerkschaften müssen also eine solche „Beweisführung" ablehnen.

Nennt man das Volkswirtschaft?

Bekanntlich wurden nach dem Tarifvertrag Schiedsspruch 1927 die Eisenpreise zweimal erhöht. Die Tonne Stabeisen sollte damit am 6. . . M teurer kommen. Die Gewerkschaften stellten fest, die meisten Werke haben eigene Handelsgesellschaften, die also auch den Handelsgewinn einstreichen, daß im Inland Lager- und Handelspreis gestiegen sind, und zwar je Tonne:

	Lagerpreis	Handelspreis	Aufschlag
1927	139.–	144.–	5.– M.
1928	153.–	190.–	17.– M.
Erhöhung in Prozent	24,5	31,9	240

Bezeichnenderweise wurden diese Angaben weder bestritten, noch bekämpft. Zur gleichen Zeit sind auch die Auslandspreise nach eigenem Zugeständnis von Arbeitgebersseite erheblich gestiegen. Wie kann die Arbeiterschaft unter solchen Umständen den Verlustangaben der Arbeitgeber Glauben schenken?

Wucher, der amtlich geschützt wird

Im Handel gibt es eine Institution: Zorte von Waren, die man Markenartikel nennt. Es sind standardisierte Waren, die einen gewissen Schutz genießen. Die 232 Fabrikanten von Markenartikeln sind in einem Verband zusammengeschlossen, der den Abnehmern Mindestverkaufspreise vorschreibt. Der Abnehmer muß sich durch einen Revers verpflichten, die Mindestpreise einzuhalten. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts ist eine solche Reversunterschrift rechtsgültig. Im „Vorwärts" wurde kürzlich sachhaltiges Material darüber beigebracht, was bei dem Verkauf von Markenartikeln verdient wird. So verdient der Handel an Mathreiners Malzkaffee 29 Prozent, am Ata Scheuerpulver 23 Prozent, am Persil 30 Prozent, am Pyramiden 32 Prozent, am Perenal 112 Prozent, an Aspirin Tabletten 118 Prozent usw. Dieser Wucher wird indirekt staatlich geschützt, indem die Gerichte die Reverse als gültig erklären und der Reichsarbeitsminister nicht eingreift. Bei den Markenartikeln handelt es sich um Massenverbrauchsartikel. Es ist höchste Zeit, daß ein solcher Wucher unterbunden wird.

Der Eckpfeiler der Sozialpolitik

Zum zehnjährigen Bestehen des Reichsarbeitsministeriums.

In diesen Tagen ist das zehnjährige Bestehen des Reichsarbeitsministeriums gefeiert worden. Ein Jubiläum, das desto eher [illegible] ist, begangen zu werden, weil gerade diese Behörde gegenwärtig im Mittelpunkt scharfer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht. Die Arbeiterschaft hat aber auch heute desto mehr Veranlassung, sich dieses Ministerium anzunehmen, weil es langsam starke Mauke an seiner Beseitigung erkennen. Bekanntlich besteht bei der Industrie der Plan, eine Zusammenlegung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführen. Die Vereinigung eines solchen zusammenlegten Ministeriums soll natürlich einer dem Unternehmertum genehmen Personlichkeit zufallen. Deshalb muß die Existenz des Reichsarbeitsministeriums nicht [illegible] gesichert, sondern diese Kompetenzschaft muß auch noch weiter als Schutz und Schirm der Sozialpolitik ausgebaut werden.

Am 26. Oktober 1918 wurde von dem damaligen Reichskanzler ein Erlaß veröffentlicht, wonach diejenigen Angelegenheiten, welche sich auf die Fürsorge für Arbeiter und Angestellte, auf die Beschäftigung des Arbeitsmarktes, auf Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen, aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes losgelöst und einem neu zu schaffenden Reichsarbeitsamt übertragen werden sollten. Damit wurde das Reichsarbeitsministerium, welches im März 1919 diesen Namen erhielt, geboren. Später bekam dieses Ministerium auch noch die Versorgungs- und Pensionsangelegenheiten der Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht und deren Hinterbliebenen übertragen. Das große Gebiet, welches das Arbeitsministerium zu bearbeiten hat, ist umrissen durch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Arbeiterrechts und des Arbeitsschutzes, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge, des Wohnungs- und Siedlungswesens, sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Die Aufgaben des Ministeriums gehen mithin weit über den Rahmen hinaus, der durch den Namen desselben vorgezeichnet ist. Daß es heute ein Ministerium mit derartigen weiten Befugnissen und Aufgabengebieten gibt, ist ein Beweis dafür, wie grundlegend sich die Verhältnisse in Deutschland gewandelt haben. Es ist der Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, die sich lange vor dem Kriege vorbereiteten, durch den Umsturz aber mit einem Schlage realisiert wurden. Somit ist das Reichsarbeitsministerium von den großen sozialen Strömungen getragen, die dem Gesellschaftsleben der Gegenwart mehr oder weniger das Gepräge geben. Der Mensch ist in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt; er soll nicht nur Verfügungsmittel zum Zweck sein, sondern der alles beherrschende Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Die gesetzliche Verankerung und Vertretung dieser großen Gesichtspunkte sollte im Reichsarbeitsministerium letzten Endes ihre Stütze finden.

Die Sozialpolitik, soweit sie in der Vorkriegszeit vom Staate getrieben wurde, kam aber den Gedanken der Fürsorge nicht hinaus. Der Arbeiter sollte wahrend der Krankheit oder eines Unfalles, im Alter und im Falle der Invalidität einen gewissen Schutz genießen. Diese Art Sozialpolitik hatte noch einen Hintergedanken; der aufstrebenden Arbeiterbewegung sollte der Wind aus den Segeln genommen werden. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts war der Arbeiter sich selbst überlassen. Die damals bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren nur als ein kleiner Anfang des späteren Arbeitsrechts zu bezeichnen. Die Arbeiterschaft stand den Unternehmern ziemlich schutzlos gegenüber. Die Grundlage, auf der beide Parteien standen, war also durchaus ungleich. Wollte man hier zu einem Ausgleich kommen und die Handlungsfreiheit auf beiden Seiten herstellen, so mußte zunächst einmal das gesetzliche Recht des Schwächeren hergestellt werden. Erst die Verfassung der Republik schuf die Grundlagen, auf denen das neue Gebäude Sozialpolitik errichtet werden konnte. Tonlaß ist die Arbeiterschaft mit der Existenz des neuen Staates so eng verwachsen.

Die Weimarer Verfassung sah die Schaffung gesetzlicher Vertretungen der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen vor. Diese gesetzlichen Grundlagen, in deren Mitte das Reichsarbeitsministerium stand, waren der Ausgangspunkt der späteren sozialpolitischen Gesetze. So entstand das Betriebsrätegesetz, das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, der Reichswirtschaftsrat u. a. Das Arbeitsnachweisgesetz vom Jahre 1922 war der Vorläufer des späteren Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, welches am 1. Oktober 1927 in Kraft trat. Das Arbeitsgerichtsgesetz verwirklichte weiter, was seit Jahrzehnten von der organisierten Arbeiterschaft angestrebt war. Diese gesetzliche Fundierung wichtiger Rechte des arbeitenden Menschen war letzten Endes Aufgabe derjenigen Behörde, deren zehnjähriges Bestehen wir in diesen Tagen feierten. Die neugeschaffenen Gesetze waren der Ausdruck eines neuen Geistes in dem Verhältnis zwischen dem Faktor Arbeit einerseits und der Wirtschaft und des Staates anderseits.

Der kollektive Arbeitsvertrag, wie er in dem Tarifwesen seinen Ausdruck fand, verdrängte den individuellen Arbeitsvertrag früherer Zeiten und wurde somit zur wichtigsten Grundlage der neuen Wirtschaftsordnung. Die großen Verbände der Arbeiter und Angestellten wurden zum tragenden Pfeiler der Sozialpolitik erhoben. In den Arbeitgeberverbänden fanden sie ihren Gegenspieler. Die Organisationen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums wurden somit unmittelbar an den Aufgaben des sozialen Lebens beteiligt. Noch ist vieles unfertig in dem großen Gebäude der Sozialpolitik. Es gibt Riesenwerke in denselben. Zu vorläufig nur nackte Gerüste darstellen und des weiteren Ausbaues harren. Vielleicht wird man erst nach Jahren von einem organisch geschlossenen Gesamtwerke der Sozialpolitik reden können. Mithin noch große Aufgaben.

So haben die Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsministerium noch eine große Mission zu erfüllen. Daher werden sie dieses wichtige Element der Sozialpolitik nicht nur schützen, sondern noch weiter ausbauen. Das ist das Gelöbnis an diesem Gedenktag.

Ein Kampffonds für „Freiheit der Wirtschaft"

In den großen Tageszeitungen wird zur Zeit ein ganzseitiges Inserat abgedruckt, welches in schwulstigen Redensarten zu einem Kampffonds aufruft, der zur Rettung der „Freiheit der Wirtschaft" eingesetzt werden soll. Es wird aufgerufen „zur Sammlung aller, die am Privateigentum, Individualismus und der Freiheit der Wirtschaft die größte Wohlfahrt für die Entfaltung des menschlichen Lebens erblicken". Die Sammlung geht aus vom Hansa Bund, einer Organisation, die im Jahre 1909 gegründet wurde, um den bürgerlichen Schichten, die im Gewerbe, Handel und in der Industrie tätig waren, endlich die Gleichberechtigung zu erringen, deren sie im kaiserlichen Deutschland ihrer wirtschaftlichen Bedeutung gemäß nicht teilhaftig werden konnten. Durch die Umwälzung von 1918 hat das Bürgertum eine ausschlaggebende Macht in der kapitalistischen Wirtschaft erlangt. Der Zweck des Hansa Bundes ist also hinfällig geworden. Bei der Suche nach einer neuen Daseinsberechtigung versucht man dazu, den Kampf gegen den Staatskapitalismus und gegen „das schwarze Bolschewismus" aufzunehmen. Es ist mit dem Bolschewismus des Sozialismus in Deutschland nicht sehr wohl bestellt. Allerdings hat die Wirtschaft einen großen Einfluß im Staate und Gesellschaftsleben erlangen, was aber nicht entfernt als Bolschewismus des Sozialismus angesehen werden kann. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Das vergangene Jahrhundert kapitalistischer Wirtschaft hat der Menschheit größte Dienste erwiesen. Die Menschenzahl hat sich verzehnfacht. In unendlich höherem Maße hat das Kapital die Reichsfahne und damit den Weg nach von Kunstwerken eingeholt. Der Wohn- und Arbeitsraum ist dreckamal so groß geworden. An Essen steckt alljährlich jetzt das Zweihundertfache aus den Schmelzöfen. Das Maß der mechanischen Arbeitskräfte ist auf das Millionenfache gestiegen. Der freikapitalistische Wirtschaftswille hat in hundert Jahren eine Steigerung des Güterreichtums der Nationen wie des Massenwohlstandes hervorgebracht, die alle Wirtschaftsleistungen früherer Jahrtausende übertrifft."

Es soll nicht bestritten werden, daß der Kapitalismus zur Erweiterung des Lebensmittelspielraums wesentlich beigetragen hat. Aber die Rede Schmalendacks und viele andere Aufsprüchen von wissenden Persönlichkeiten der letzten Zeit haben mit absoluter Sicherheit dargetan, daß die kapitalistische Wirtschaft immer mehr in eine zwangsmäßige Gebundenheit übergeht, die der sogenannten Freiheit der Wirtschaft vollkommen den Garaus macht. Das neue Staatsweisen hat allerhand zu tun, um sich dieser organisatorischen Macht der privaten Wirtschaft zu erwehren. Von alledem ist in dem Aufruf des Hansa Bundes nichts zu lesen. Somit charakterisiert sich dieser als eine Demagogie ersten Ranges. Wir sind gespannt, welche Kraäfte durch den zu bildenden Kampffonds zur Erstarkung der freien Wirtschaft in Bewegung gesetzt werden sollen. Erwähnt mag noch werden, daß an der Spitze des Hansa-Bundes der bekannte demokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Fischer steht. Die Entwicklung des Hansa Bundes beweist deutlich, wie sektiertisch alles zur gemeinsamen Kampffront zusammenwächst, wenn die Arbeiterschaft etwas mehr Eisbogenfestigkeit zu gewinnen trachtet.

Friedensgefallene – Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit

Das statistische Amtliche Jahrbuch für das Deutsche Reich enthält neben anderem auch wichtige Angaben über „allgemeine Sterbefälle". Danach starben in Deutschland im Jahre 1926:

durch Selbstmord	16,180 Personen
durch Verunglückung	23,384 Personen
durch Mord oder Totschlag	1,142 Personen
durch Hinrichtung	11 Personen

Das sind insgesamt 41,101 Fälle gewaltsamen Todes. Von allen Sterbefällen im Jahre 1926 waren 1,6 v. H. gewaltsame und gewaltsame. Bei der Sterblichkeit der Ehegatten ist es jedoch schlimmer: bei der Sterblichkeit der Männer jeder zehnte Fall. Das Tatsachen geben zu denken! In der Tat fallend ist die große Zahl der durch Unglücksfälle, Gefahren usw. Die meisten der Verunglückten waren Opfer ihrer Berufsarbeit. Sie starben also auf dem Schlachtfelde der Arbeit. Auch auch die andern Opfern sind 5. Zentrum-voll. Laßt uns die Mordsterblichkeit außer Betracht, so bleibt etwa jeder 25. durch eigene Hand. Bei den Selbstmordfällen betrafen 11,846 das männliche und 4334 das weibliche Geschlecht. Von der Gesamtsterblichkeit der Männer entfällt der 24. in Berlin der 15. Teil auf Selbstmord. Wieviel Not, Jammer und Elend mag sich hinter diesen Zahlen verbergen?

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten als Fata Morgana?

Auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika [illegible] des mit dem 30. Juni 1928 endenden Rechnungsjahres [illegible] Personen ein. Hiervon waren 307,255 Einwanderer. Von [illegible] dieser Zahl entfallen 54,157 Einwanderern deutschen Ursprungs gaben 45,775 als letzten Aufenthaltsort Deutschland an. — [illegible] ersten Halbjahr 1928 haben 31,196 Deutsche ihre Heimat mit neuem Wanderziel verlassen. Nicht alle diese Deutschlandflüchtigen werden diesen ihr Glück machen. Manche werden [illegible] zurückkehren.

Die steigende Kreditbefriedigung aus eigener Kraft

Nach dem Wochenausweis der Zentrale für Kreditauskunft hat der Stand der statistisch erfaßbaren langfristigen Kredite Ende September den Betrag von 29 Milliarden Mark überschritten. Das bedeutet eine Zunahme von 4,5 Milliarden Mark seit Jahresbeginn. Berücksichtigt man noch die Aktienemission, deren Zeichnungsbetrag in den ersten neun Monaten 783 Millionen Mark betrug, so ergibt sich, daß im Jahre 1928 bisher der deutschen Wirtschaft etwa 5,3 Milliarden Mark an langfristigen Krediten zugeflossen. — Das ist der beste Beweis für die prinzipielle Kapitalbildung in Deutschland.

Kurze Wirtschaftsnotizen

Der zukünftige deutsche Wohnungsbedarf hängt natürlich stark von der Entwicklung der Zahl der Haushaltungen ab. Im Bericht des Instituts für Konjunkturforschung angeführt wird, beträgt der voraussichtliche jährliche Zuwachsbedarf an Wohnungen in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1927–30 rund 225,000, 1931–35 250,000, 1936–40 190,000, 1941–45 rund 55,000 und 1946–50 rund 100,000. In den Jahren von 1950 bis 1960 wird die Zunahme der Zahl der Haushaltungen durch den Rückgang der Kriegsgeburten beeinflußt. In den nächsten Jahren muß aber noch ein beträchtlicher Zuwachs des Wohnungsbedarfs befriedigt werden.

Neun Milliarden Mark jährlicher Zuwachs an Bauwerten. In der Beilage „Bauen und Wirtschaft" zur „Teutschen Industrie Zeitung" wurde kürzlich eine Statistik von Prof. Jul. Hirsch über den Zuwachs der Bauwerte veröffentlicht. Danach wurden in Deutschland 1927 für Bauzwecke folgende Summen ausgegeben: Wohngebäude 3 Milliarden, Reparaturen, Unterhalt usw. 1 Milliarde, Landstraßen Neubau 0,3 Milliarden, Landstraßen Unterhaltung 0,6 Milliarden, gewerbliche und öffentliche Gebäude, Tiefbau 4,1 Milliarden, insgesamt 9 Milliarden Reichsmark. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, welche überragende Rolle das Baugewerbe in der Volkswirtschaft spielt.

Die Lebenshaltungskosten wurden im Monat Oktober vom Statistischen Reichsamt mit 152,1 festgestellt. Die Entwicklung der Indexziffer für die Lebenshaltungskosten in diesem Jahre war folgende: Januar 150,8, April 150,7, Juli 152,6, September 152,3 und Oktober 152,1.

Rekordziffern im Ausfuhrgeschäft. Die Septemberbilanz des Außenhandels enthält interessante Angaben. Die Ausfuhr von Textil-, Werkzeug- und sonstigen Maschinen übersteigt nämlich dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1927 eine Steigerung von rund 60 v. H. Auch in der elektrotechnischen Industrie lag die Ausfuhrziffer um 18 v. H. über dem Monatsdurchschnitt des vorletzten Jahres. In diesen Branchen konnten also deutsche Arbeitskräfte in erheblichem Maße für das Auslandsgeschäft eingesetzt werden.

Der Bananenkonsum des deutschen Volkes geht aus folgendem hervor: Im Monat September wurden neun Bananendampfer gelöscht (im Vormonat 6), deren Ladungen in 1662 Waggons (1107) und in 30 Sonderzügen (18) abbefördert wurden. Die Bananenfrucht findet also in Deutschland steigenden Absatz.

Der Einlagenbestand bei den deutschen Sparkassen betrug Ende September 1928 6371,5 Millionen Mark gegen 6220,7 Millionen Mark Ende August. Der Sparzuwachs betrug mithin 150 Millionen Mark.

Zunahme der Konkurse im Oktober. Im Monat Oktober ist die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren gegenüber dem Vormonat gestiegen. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift „Die Bank" 697 Konkurse verhängt und 279 Vergleichsverfahren eingeleitet, gegenüber 568 bzw. 245 im Vormonat. Die in den letzten Wochen eingetretene Steigerung der Konkursziffern ist in der Hauptsache auf Saisoneinflüsse zurückzuführen. Am stärksten betroffen wurde der Einzelhandel. Das Holz- und Baugewerbe hat an der Zunahme ebenfalls einen starken Anteil.

Wirtschaftsveränderungen in einem Jahr

Die deutsche Volkswirtschaft ist naturgemäß ständigen Veränderungen unterworfen. Für den gewerbschaftlichen Kleinkampf ist es wichtig, diese Veränderungen im Auge zu behalten. Nachfolgend geben wir eine kurze Zusammenstellung wichtiger Wirtschaftszahlen nach den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung:

	Mitte Oktober 1927	1928
Erwerbslose:		
in Tausend der Bevölkerung im Reiche (Zahl)	5,3	9,2
Verkehr:		
Wagenstellung der Reichsbahn arbeitstäglich (in Tausend)	168,0	155,0
Unternehmungen:		
Neugründungen arbeitstäglich (Zahl)	47	41
Auflösungen arbeitstäglich (Zahl)	60	61
Kreditsicherheit:		
Wechselproteste arbeitstäglich (Zahl)	204	302
Wechselproteste arbeitstäglich (in 1000 RM)	266,0	414,3
Vergleichsverfahren arbeitstäglich (Zahl)	2	10
Konkurse arbeitstäglich (Zahl)	15	26
Zinssatze:		
Tagesgeld (in Prozent pro Jahr)	7,17	6,03
Monatsgeld (in Prozent pro Jahr)	6,59	8,51
Warenpreise (Indexziffern, 1913 = 100):		
Großhandelsindex (gesamt)	139,9	140,5
Rohstoffe	138,5	135,5
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	134,1	133,5
Industrielle Fertigwaren	152,4	160,0
Produktionsmittel	130,9	138,6
Konsumgüter	168,7	176,1

Diese Gegenüberstellung einiger Wirtschaftszahlen zeigt, daß die Wirtschaft sich noch auf einer ziemlichen Konjunkturhöhe befindet. Der Wachstumsprozeß von Einkommen und Umsätzen ist zum Stillstand gekommen. Das industrielle Einkommen ist in den ersten drei Vierteljahr 1928 ist um 5–6 v. H. höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit ist stark gewachsen. Sie liegt um rund 1,5 v. H. unter der des zweiten Vierteljahres 1928. Soweit die Preisentwicklung in Frage kommt, treten besonders die Veränderungen bei den Konsumgütern hervor. Konsumgüter sind jene Waren, die zur Deckung des Bedarfs bestimmt sind. Gerade hier nehmen die Preisbewegungen kein Ende. Ein Beweis dafür, daß die Erhöhung der Lebensstandards von der Preisseite her keine Hilfe erhält.

Die Rentabilität von Vermögensanlagen

(Wie diese von den Kapitalisten eingeschätzt wird.)

Zur dem Kursteil beschäftigt sich die kapitalistische Welt wieder mehr mit der Frage der Rentabilität einer Vermögensanlage. Es sind verschiedentlich in der Tagespresse in dieser Beziehung Betrachtungen angestellt worden. Nach einer Tabellenübersicht des G. P. stellt sich der Rentabilitätsfaktor wie folgt:

1. An erster Stelle stehen die Hypotheken, deren Verzinsung zwischen 8 und 12 Prozent schwankt.
2. Sodann kommen die Obligationen, die im Durchschnitt einen jährlichen Ertrag von 7,60 Prozent abwerfen.
3. Die Pfandbriefe folgen dicht hinter den Obligationen. Hier ist der Durchschnittsertrag zur Zeit 7,51 Prozent.
4. Dann kommt das Bargeld, dessen Verzinsung mit 6 bis 7 Prozent angenommen wird.
5. Erst an letzter Stelle kommen die Aktien, deren Rentabilität natürlich ständigen Schwankungen unterworfen ist und nach der vorstehenden Aufnahme zur Zeit zwischen 3,75 und 4 Prozent schwankt. Die Aktien werfen also nur fast die Hälfte des Ertrages ab, den Obligationen und Pfandbriefe bieten. Dafür bieten sie allerdings die bekannten spekulativen Möglichkeiten, die bei fest verzinslichen Papieren fehlen.

Die Kriegsfestigkeit der Spareinlagen

Wie bei den Bankeinlagen, so findet auch bei den Sparkassen alljährlich eine immer ruhende Bewegung statt. Wenn jemand sein Geld zur Sparkasse bringt, so tut er es deshalb, um es gegebenenfalls abhandeln zu können. Spargelder sind Notgroschen, die man zinstragend anzulegen gedenkt, aber jederzeit zur Verfügung haben will. Interessant ist nun, wie oft die Sparkasse „bewegt" werden. Wenn keine Neueinlagen und Zinsgutschriften erfolgt wären, so hätten die Rückzahlungen nach der Zeitschrift „Sparkasse" die Bestände in den fünfziger und sechziger Jahren in spätestens drei Jahren, 1913 in etwas über drei Jahren und in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in vier bis fünf Jahren aufgezehrt, während dies 1927 bereits in 10 Monaten der Fall gewesen wäre. 1913 waren mithin die Spareinlagen viermal so langfristig als 1927.

Hieraus ist erkennbar, daß die unruhigen Verhältnisse der Nachkriegszeit auf die Festigkeit der Sparkasseneinlagen von erheblicher Bedeutung waren. 1927 war ein verhältnismäßig ruhiges Jahr. Noch viel öfter wurden die Sparkasseneinlagen in den Jahren 1921 bis „bewegt". Es wird noch Jahre dauern, ehe die richtige Entwicklung der Vorkriegszeit erreicht ist.

Offenheit und Redlichkeit im Wirtschaftsleben

In Deutschland ist es zur Übung geworden, über die meisten Vorgänge in der Wirtschaft einen dichten Schleier zu breiten. Mit allerhand Geheimnissen ist das Geschäftsleben umgeben. Durch die Verbandsbildung wird solche Geheimniskrämerei auf ganze Industrien ausgedehnt. In anderen Ländern hingegen sieht es in dieser Beziehung anders aus. Der Leiter der Internationalen Gewerkschaft Harold B. Arone stellte dies kürzlich in einem Zeitungsartikel für die Berliner Börsen-Courier Nr. 425 mit folgenden Worten fest:

„Mehr und mehr haben sich die maßgebenden Persönlichkeiten der Industrie sowie der Finanz meines Landes zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß Offenheit und Redlichkeit der Allgemeinheit, den Aktionären und den Konkurrenten gegenüber die vernünftigste Politik und das gesundeste Geschäftsprinzip darstellt. Die im amerikanischen „big business" herrschende gute Kameradschaft, die nicht zum geringsten zum Erfolg beigetragen hat, und der Austausch von Ansichten und Meinungen, von Informationen und Geschäftsmethoden hat der sonst unvermeidbaren unnützen Verschwendung wirtschaftlicher Werte einen Riegel vorgeschoben, ohne indessen die rechtmäßige Individualität des Unternehmens zu beseitigen, oder aber deren Ausdehnung eine Grenze zu setzen. Der wirkliche Wert verständiger Wirtschaftskombinationen besteht nicht in der Schaffung von Monopolen oder künstlicher Preiskontrolle, sondern darin, doppelte Arbeit zu vermeiden, und die Verkaufs- und sonstigen Spesen zu vermindern."

In Deutschland hält man die Schaffung von Monopolen und künstlicher Preiskontrolle für wichtiger als absolute Offenheit im Geschäftsleben. Auch uns will es scheinen, als ob die amerikanische Methode zweifellos besser ist.

Das Masseneinkommen als Mittel zur Konjunkturstabilisierung

Ein sehr großer Teil des Volkseinkommens wird durch den Warenhandel und Geldverkehr aufgesogen. Der Einzelhandel soll nach den Berechnungen von Prof. Hirsch einen Umsatzwert von jährlich 10 Milliarden Mark verursachen bei 22 Milliarden Mark Gesamtumsatz. Hirsch hat letztlich einen Vorschlag gemacht, zur Ausgleichung der Beschäftigungsschwankungen im Warenhandel und Geldverkehr die Zahlungstermine der Löhne und Gehälter über die Wochen bzw. den Monat hin zu verteilen. Dadurch soll eine Ersparnis von zwei Milliarden Mark zu erzielen sein. Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. hat nun zu dieser Frage Gutachten eingeholt, wovon besonders dasjenige der Bauindustrie sehr aufklärerisch ist. Das Baugewerbe hält es für ausgeschlossen, die Lohnzahlungen über die ganze Woche zu verteilen. Das Gesamteinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger bis zu einem Monatsgehalt von 500 Mark wird in dem Gutachten auf 34 Milliarden Mark geschätzt. Diese Summe wird dem Verbrauch ungefähr folgendermaßen zugeführt:

Nahrungs- und Genußmittel	17,4 Milliarden
Wohnungsmiete	2,9 Milliarden
Bekleidung und Schuhe	5,7 Milliarden
Hausrat und Mobil	1,5 Milliarden
Sonstiges (Steuern, Versicherungen, Heizung, Beleuchtung usw.)	6,5 Milliarden
	34,0 Milliarden

Auf Grund dieser Einteilung der Ausgaben wird in dem Gutachten näher ausgeführt, daß die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, fast regelmäßig über die ganze Woche bzw. den ganzen Monat erfolgen. Die Zahlung der Wohnungsmieten erfolgt ebenfalls an einem bestimmten Termin. Auch bei den Ausgaben für Bekleidung und Schuhe erscheint eine Verteilung der Beschäftigungsschwankungen in den Handelsbetrieben nur erschwerend erreichbar. Da die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen, Möbeln usw. eine große Ausgabe für Arbeiter und Angestellte bedeutet, meistens Wochen und Monate hindurch Rücklagen gemacht werden, um zur Zeit des dringenden Bedarfs die Einkäufe vornehmen zu können. Also auch hier kann eine Beseitigung der Schwankungen kaum herbeigeführt werden. So wird auch das Masseneinkommen zur Stabilisierung der Konjunktur heranzuziehen werden muß, so besteht doch in diesem Falle sehr wenig Möglichkeit dazu.

Die Verschiebungen im Verbrauch von Genußmitteln

Die Genußmittel-Steuern im Reichshaushalt Jahr kaum Gerade Kaffee, Tee und Kakao. Gegenüber der Vorkriegszeit sind im Verbrauch von Genußmitteln große Verschiebungen eingetreten. Zu Beginn der Alkohol in Frage kommt, ist Deutschland heute als der größte Erzeuger in diesem Genußmittel anzusehen. Vor dem Kriege hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika die erste Stelle inne. Bei der Alkoholerzeugung steht das Bier obenan. Im Jahre 1913 wurden in Deutschland 68,8 Millionen Hektoliter Bier erzeugt, 1927 hingegen 51,6 Millionen Hektoliter. Da die gegenwärtige Bevölkerung eine andere Struktur aufweist als die in der Vorkriegszeit und 5 Millionen Erwachsene mehr vorhanden sind, so sollte der Minderkonsum von Bier besonders ins Gewicht. In der Vorkriegszeit entfiel auf den Erwachsenen pro Woche ein Quantum von 3 Liter Bier, 1927 hingegen nur 2 Liter. Der Weinkonsum ist gegenwärtig höher als vor dem Kriege. Der Branntweinverbrauch ist ganz gewaltig zurückgegangen. 1909/11 entfiel auf einen deutschen Einwohner ein Schnapskonsum von 1,4 Liter, 1913 2,4 Liter und jetzt 1,4 Liter. Auch in anderen Ländern ist der Branntweinverbrauch ganz erheblich gesunken. Die Vereinigten Staaten scheiden jetzt fast vollständig aus, und das früher größte Schnapsconsumierende Land Russland weist einen ziemlichen Minderverbrauch auf.

Auch der Kaffeegenuß ist in Deutschland zurückgegangen. 1909 betrug der Verbrauch auf einen Einwohner 6 Pfund pro Jahr, 1913 dagegen 5 Pfund und 1927 1 Pfund. Als Konsumenten des Kaffees treten in zunehmendem Maße Tee und Kakao auf. Der Teeverbrauch an Kaffee ist allerdings um ein Viertel höher als vor dem Kriege. Der Teekonsum ist in Deutschland ganz gewaltig angenommen. Entfielen vor dem Kriege durchschnittlich 50 bis 60 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung, so heute 90 Gramm. Gegenüber den 50er Jahren hat sich der Teekonsum in Deutschland verzehnfacht. In England wird aber 50 mal soviel Tee verbraucht als hierzulande. Kakao und Schokolade waren in Deutschland vor 50 Jahren fast noch unbekannt. Im Jahre 1872 betrug die Einfuhr an Kakaobohnen 2000 Tonnen, im Vorjahre hingegen 70,000 Tonnen. Vor dem Kriege entfiel auf den Kopf der Bevölkerung 70 Gramm, jetzt hingegen 1100 Gramm. Deutschland ist der zweitgrößte Kakaoverbraucher der Welt. Was den Tabak anbelangt, so ist der Verbrauch von 1,5 auf 1,6 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gestiegen. Auch hier ist der veränderte Aufbau der Bevölkerung zu berücksichtigen. Der Zigarrenkonsum ist um ein Zehntel zurückgegangen, während der Zigarettenverbrauch gestiegen ist. Es werden jährlich ungefähr 36 Milliarden Stück Zigaretten geraucht. Verschnupft wurden im Jahre 1927 22,000 Doppelzentner. Im ganzen gab das deutsche Volk im Jahre 1927 2,75 Milliarden Mark für Tabakfabrikate aus. Der Genußmittelverbrauch hat sich also geändert der Vorkriegszeit wesentlich gewandelt. Er ist aber nach wie vor sehr groß.

Die Wohnungsnot trifft die Minderbemittelten am meisten

Entsprechend der Struktur der deutschen Bevölkerung werden die minderbemittelten Schichten auch am meisten von der Wohnungsnot betroffen. Recht deutlich geht dies aus einer Denkschrift hervor, die der Dezernent für Wohnungsbau im Berliner Magistrat, Stadtrat Eichenauer, der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat. Danach waren: am 1. Mai 1928 bei den 20 Wohnungsämtern in Groß-Berlin 178,000 Wohnungsuchende eingetragen. Bestand wurden 30,000 Wohnungen von nur einem Raum, 78,000 Wohnungen von zwei Räumen, alle Stube und Küche, 48,000 von drei Räumen, 16,000 von vier Räumen. Der Rest betrug Wohnungen von fünf und mehr Stuben. Damit ist einwandfrei bewiesen, daß die Wohnungsnot in auf wie ausschließlich die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung trifft und daß Besserstellte sich erst gar nicht eintragen lassen, sondern ohne weiteres auf die teuren, großen Wohnungen zurückgreifen.

Wohnungen von nur einem Raum zu bauen, ist kulturwidrig und darf natürlich nicht gestattet werden. Hinwiederum geht aber daraus recht deutlich hervor, daß die Einkommensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten es gar nicht zulassen, eine höhere Wohnungsmiete zu leisten. Die Stadt Berlin erklärt sich außerstande, die von der Stadtverordnetenversammlung als unumgänglich notwendig bezeichnete Zahl von Wohnungen (40,000 bis 50,000 jährlich bauen zu können. 30,000 Wohnungen ist das allerhöchste, was im Wohnungsbau jährlich erstellt werden könne. Zur Bekämpfung der dringendsten Wohnungsnot in Berlin ist ein Kapitalbetrag von 400 bis 500 Millionen Mark notwendig.

Aufstieg eines Arbeiterunternehmens

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, die in allen Teilen Deutschlands Niederlassungen unterhält und in sämtlichen größeren Orten vertreten ist, konnte im Oktober 1928 in bezug auf ihren Auftragseingang das bisher beste Resultat erzielen, kamen doch in diesem Monat nahezu

55,000 Versicherungsanträge

herein. In den zehn Monaten des Jahres 1928 sind insgesamt 152,502 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung mit 206 Millionen Reichsmark Versicherungssumme gestellt worden.

Die GEG baut eine Textilfabrik

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine plant in Sachsen den Bau einer Färberei und Ausrüstungsanstalt. In der Nähe des Bahnhofs Cappach wurde ein großes Fabrikgelände erworben, wo der Bau der Textilfabrik entstehen soll. Unter anderem sollen 100 Webstühle in Betrieb genommen werden. Eine Anzahl Nebenbetriebe werden sich dem anschließen. Damit ist ein weiteres Stück Eigenproduktion der GEG. eine weitere Bedarfsdeckung.

Beteiligung der GEG. am Scheuer-Konzern

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hat einen Teil des im Besitz der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse befindlichen Aktienpaketes der Getreide Industrie und Kommissions-AG. (Scheuer-Konzern), die ebenfalls 70 v. H. des Aktienkapitals der Deutschen Mühlenvereinigung AG. in Händen hat, übernommen. Damit ist die offizielle Beteiligung der GEG. an der damit zusammenhängenden Aktien zustande gekommen. In den nun zu nahkommenden Aufsichtsrat der Getreide Industrie und Kommissions AG. wird der Leiter der GEG. zwei Vertreter entsenden. Damit gelangt die Scheuer-Angelegenheit in ein neues Stadium.

Schloß Freudenthal

Im schönen Zittauer Gebirge liegt ein Schloß, Freudenthal genannt. Als ein Haus der Freuden wurde es vor 200 Jahren erbaut von einer Gräfin von Wurben, der berüchtigten Mätresse des Herzogs Ehrenfried Ludwig, der „deutschen Pompadour", die nach der Ansicht von Zeitgenossen „dem Lande mehr Schaden zugefügt, als alle die sächsischen Kriege". Die Frauen der einen, das appige Vorleben einer kleinen Herrschaft, bedeuteten Plagen und Leiden für die vielen, vor allem für die schwerarbeitenden Bauern, deren Felder zerstampft wurden von den herrschaftlichen Jagden.

200 Jahre später. Das Haus der Freuden steht auch heute noch. Aber die neuen Schloßbewohner genießen die Schönheit der Natur, ohne die Arbeit ihrer Mitmenschen leichtsinnig zu zerstören. Denn sie sind selbst Arbeiter, Männer und Frauen, denen nach kaiserlicher Tätigkeit in Fabrik und Büro wenige Wochen zur Erholung für ihren durch Kraftheit geschwächten Körper vergönnt sind. Schloß Freudenthal ist zum Erholungsheim der Zittauer Krankenkassen umgewandelt worden. Ist unser Jahrhundert mit seinen sozialen Einrichtungen wirklich soviel schlechter als die gute, alte Zeit?

Für die Gewerkschaftsjugend

Die Lehrlingshaltung im Schuhmachergewerbe

Die Deutschnationalen haben im Preußischen Landtag folgende Anfrage gestellt: Die Berufsorganisationen des Schuhmachergewerbes betreiben seit längerer Zeit eine Boykottpolitik bei Lehrlingshaltung. Dasselbe Ziel verfolgt auch der preußische Herr Minister für Handel und Gewerbe (Ministerialerlaß vom 17. Dezember 1927 Nr. 4 B 575).

Dieses Vorgehen ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Schuhmacherhandwerks und der Beseitigung der Ueberfüllung des Berufs von ausschlaggebender Bedeutung. Die vorliegenden Bestrebungen werden zum Teil dadurch illusorisch, daß in sogenannten karitativen Anstalten (Krüppelheimen, Fürsorgeanstalten, Waisenhäusern u. dgl.) eine größere Anzahl von Lehrlingen dieses Berufs ausgebildet wird, als sich mit den Wünschen der Berufsorganisation und des Ministerialerlasses vereinbaren läßt.

Wir fragen das Staatsministerium:

Ist der Herr Minister für Handel und Gewerbe bereit, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß die Ausbildung von Schuhmacherlehrlingen in obigen Anstalten sich dem allgemeinen Bedarf anpaßt? Ist der Herr Minister weiter bereit, an einem bestimmten Stichtag des Jahres eine Statistik über die Lehrlingshaltung in sämtlichen staatlichen, kommunalen oder halbstaatlichen Fürsorgeanstalten zu veranlassen und dem Landtage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten?

Die erwerbstätige Jugend unter dem kapitalistischen Joch

L. P. Noch nicht als die erwachsene Arbeiterschaft leiden die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die auf Ausbeutung sich aufbauende kapitalistische Wirtschaftsordnung kennt keinen Unterschied zwischen Mann und Frau, alt und jung. Sie alle, die nichts ihr eigen nennen als die Arbeitskraft, werden in den kapitalistischen Produktionsprozeß hineingezogen und der Ausbeutung durch Einzelunternehmer oder Unternehmergemeinschaften unterworfen. Die Ausbeutung macht also auch vor dem Lehrling und jugendlichen Arbeiter nicht halt. Dies war vor 50 und 100 Jahren so und auch heute hat sich daran nichts geändert. Wenn auch die Geschichte der Sozialpolitik mit Maßnahmen zum Schutze der Jugendlichen und Frauen begonnen hat, so ist heute der Jugendliche das Zweitkind der Sozialpolitik. Während die erwachsene Arbeiterschaft die Möglichkeit hat, durch gewerkschaftlichen Kampf sich soziale Positionen zu erringen, sind die Jugendlichen fast ausschließlich auf die Gesetzgebung angewiesen. Und die soziale Gesetzgebung in bezug auf die Jugendlichen befindet sich nahezu seit Jahrzehnten in einem Beharrungszustand. Selbst die Revolution hat daran nichts geändert. Der Wandel der Zeit ist an den Jugendlichen spurlos vorübergegangen.

Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die einen energischen Ausbau des Jugendschutzes forderten. Fast alle Schattierungen der Jugendverbände waren sich darin einig, daß die Not der erwerbstätigen Jugend groß und daß eine dringende Abhilfe notwendig ist. Eingaben über Eingaben wurden an die gesetzlichen Körperschaften gerichtet. Aber der Erfolg blieb stets aus. Man hat die Forderungen zur Kenntnis genommen und im übrigen alles beim alten belassen. Weil man mit großen politischen Problemen beschäftigt war, hatte man für die ebenso großen und dringenden Fragen des Jugendschutzes keine Zeit. Kleinlichkeit und Unverständnis den sozialen Fragen gegenüber trägt die Schuld, daß heute noch Tausende von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern ein für ein Kulturvolk unwürdiges Dasein leben.

Soll dieser Zustand beseitigt werden, dann muß die arbeitende Jugend mehr als bisher in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten. Dies ist ein dringendes Erfordernis, da eine riesenhafte Unklarheit und Unkenntnis über die Lage unserer erwerbstätigen Jugend herrscht.

Zum ersten Male hat die Ausstellung „Das junge Deutschland" uns ein umfassendes Bild über die Lage des Jungproletariats gezeigt.

In Deutschland gibt es rund 9 Millionen Jugendlicher. Davon sind 50 Prozent erwerbstätig. 10 Prozent arbeiten mehr als 60 Stunden und 25 Prozent 48 bis 60 Stunden. Die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen besitzt keinen freien Samstagnachmittag. Im Kaufmanns- und Gewerbestand kommen 20 Prozent des Samstags erst um 7 Uhr abends aus dem Geschäft. Nur ein geringer Prozentsatz der Jugendlichen hat um 1 Uhr Wochenschluß. Fast ein Viertel aller Jugendlichen ist ohne Urlaub. Und die Zahl derer, die ihren Urlaub bezahlt bekommen, beträgt knapp die Hälfte. Vor allem sind es die Akkordarbeiter, die keinen Urlaub gewähren und den Lohn während des Urlaubs nicht weiter zahlen. Die Lohnverhältnisse sind ebenfalls sehr trostlos. 3 bis 5 ℳ wöchentlich sind gang und gäbe.

Wir wollen uns mit diesen summarischen Zahlen begnügen. Sie demonstrieren wohl deutlich, daß die soziale Lage der heutigen erwerbstätigen Jugend nicht die beste ist. Hinzu tritt dann noch, daß der Jugendliche unter schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen leidet. Alle diese Momente schwächen natürlich den Gesundheitszustand des Jugendlichen. So ist die Tuberkulose unter den Jugendlichen stark verbreitet.

Das in Kraftfahrzeugen befindliche Arbeitsschutzgesetz und Berufsausbildungsgesetz sieht keineswegs den Jugendschutz vor, der für die Jugend notwendig ist. So gibt auch das Berufsausbildungsgesetz den Jugendlichen keinerlei Anspruch auf Urlaub. Auch das Arbeitsschutzgesetz beinhaltet keinen Anspruch auf Urlaub, ebenso wenig sieht es eine längere Freizeit am Wochenende – über die Sonntagsruhe hinaus – vor und auch die tägliche Arbeitszeit wird in ungenügenden Maße den Bedürfnissen der Jugendlichen angepaßt.

Nur eine durchgreifende Reform kann die junge Generation aus dem Uebelstand herausstellen und sie zu gesunden Menschen machen, die später lebhaften Anteil am geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau unseres Volkes zu nehmen vermögen.

Vom Minister zum organisierten Maurergesellen

Diese Geschichte soll buchstäblich wahr sein. Ist sie es, dann ist sie geeignet, auf den, der im Mittelpunkt des Vorganges steht, ein Licht zu werfen, das ihn im unserer Zeit des sozialen Ausgleichs und des gewerkschaftlichen Gedankens als zum Fortschrittlichen Geist kennzeichnet. Zwar hat sich dieser Fall in England zugetragen, und an dem Vorgang durfte daher in dem Lande der geborenen Demokratie nicht zu zweifeln sein, daß er sich wirklich so zugetragen hatte.

Als die Parlamentsferien begannen und Churchill nicht wußte, wie er sich die Zeit vertreiben sollte, fiel ihm ein, zusammen mit seiner Tochter auf seinem Landgut ein kleines Haus für einen Arbeiter zu erbauen. Er ließ sich das Material von einem Dorfmaurer bringen und indem er dessen Rat befolgte, machte er sich eigenhändig an die Arbeit.

Der Sekretär der Gewerkschaft der Maurer erfuhr davon und schickte an den Kanzler einen Brief, in dem er ihn aufforderte, in die Gewerkschaft der Maurer einzutreten, wie es sich doch für alle jungen Leute ziemte, welche das Maurerhandwerk erlernten. Er legte ihm einen Prospekt bei, in welchem auseinandergesetzt wurde, daß der Eintritt nur fünf Schillinge koste, der wöchentliche Beitrag neun Pence, und daß Churchill im Falle eines Streikes auf eine wöchentliche Unterstützung von einem Pfund rechnen könne. Alle guten Arbeiter, die diesen ehrenwerten Beruf ergriffen, treten in die Gewerkschaft ein, schrieb der Sekretär.

Churchill schrieb, er sei vorläufig noch ein Lehrling und an sich nicht reif genug, um sich als Maurer zu bezeichnen. Der Sekretär ließ aber sein Opfer nicht los. Er schrieb dem Kanzler, er könne sich denken, daß er noch nicht auf der Höhe sein würde, aber das würde sich mit der Zeit schon machen, und da die Lehrlingsfrist abgeschafft sei, so könne er gleich eintreten, und es werde keine Probe verlangt, wieviel Steine er in der Stunde legen könne. Es sei auch nicht verboten, mit Richtmittelgedenen einer Gewerkschaft zusammenzuarbeiten. Darauf nahm Churchill an. Er sandte fünf Schillinge ein und der Sekretär begab sich in das Finanzministerium, um dem Kanzler seine Mitgliedskarte zu überreichen. Inzwischen hat sich anscheinend verpflichtet, einen Beitrag von 75 Pennis je Woche zwecklich abzuführen.

Das Verlangen nach jugendl. Arbeitskräften

Das Landesarbeitsamt Westfalen behandelt in seinem Arbeitsmarktbericht vom 26. Oktober auch die Arbeitsmarktlage der Jugendlichen. Dabei wird folgendes gesagt:

„Auffallend ist das einheitliche Bild, das die Berichte der Arbeitsämter über den Arbeitsmarkt der Jugendlichen geben. Die industriellen Berufe scheinen für Jugendliche und für junge Arbeiter bis zu 20 Jahren durchweg aufnahmefähig zu sein, doch dann, wenn für ältere Arbeiter in derselben Industrie die Lage aussichtslos ist. Jugendliche Arbeiter bzw. Arbeiterinnen werden gesucht in der Schokoladenindustrie, in der Holzindustrie und in der Berufsgruppe Lehrarbeit wechselnder Art. Auch in anderen Industriezweigen, vor allem in der Metallverarbeitung ist die Zeitjungensentdeckung der Belegschaft zu beobachten, die eine durchgängige Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt zu sein scheint. Zurück auf die Umstellung des Produktionsprozesses zurückführen, durch welche die menschliche Arbeitsleistung immer mehr verdrängt wird, so daß für die Arbeitgeber bei der Auswahl ihrer Arbeitskräfte mehr die Billigkeit als die Qualität der Leistung ausschlaggebend zu sein braucht. Auch scheint der starke Zugriff auf die jugendlichen Arbeitskräfte Kennzeichen einer kritischen Konjunkturlage zu sein. Denn viele Werke werden gut dann zur im Augenblick lebensfähigen Umstellung schreiten, wenn die wirtschaftliche Lage ihrer Branche sie dazu zwingt."

Ohne Zweifel lastet die Krise des Arbeitsmarktes schwerer auf dem älteren Arbeiter. Die Technisierung des Produktionsprozesses ermöglicht auch ungeübten und ungelernten Arbeitskräften einen gewissen Erfolg. Vor allem wird aber die Billigkeit der Arbeitskräfte entscheiden, wie das Landesarbeitsamt Westfalen ganz richtig hervorhebt.

„Wenn die Politik die Nationen nicht bewegen kann, endlich aufzuatmen, aufzuatmen, zu arbeiten — was ist dann eigentlich die Politik und wodurch unterscheidet sich unsere Zivilisation von der Barbarei?" Jules Simon

Lehrstoff für die Weiterbildung

Was jeder wissen sollte

Erläuterung von Schlagworten für Vortragszwecke

von M. Abramowitsch-Jefimof.

Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten. 6

Der Persönlichkeitsbegriff

Individuum, Person bedeutet soviel wie Einzelwesen, als letzte, weiter nicht teilbare Einheit. Behält ein Ding sein Eigenwesen, wenn es zerteilt wird, so bleibt es nicht Individuum, wenn es mit andern gleichartigen Dingen verschmolzen oder sonstwie gänzlich verändert wird, oder auch ein Zehntel dieses Dinges, vom Ganzen getrennt, bleibt immer noch Individuum. Oder: eine Gesamtheit von 100 Personen ist ebenso eine Gesamtheit wie eine solche von 10,0 oder von 10. Und deshalb bedeutet die Unteilbarkeit des Individuums zugleich auch die Unmöglichkeit seiner Vervielfältigung oder Verwandlung in eine größere, erweiterte Einheit. Individuell ist somit auch stets gleichbedeutend mit Unwiederholbarkeit, Einmaligkeit und Originalität (Eigenartigkeit). Individuell ist also das, was sich in keinem anderen Falle voll und ganz oder mit absoluter Gleichheit wiederholt.

Individualität, Persönlichkeit wird gewöhnlich mit Dingen verwechselt, die mit dem eigentlichen Wesen von Individualität nichts gemein haben. Zumeist wird Individualität (Persönlichkeit) entweder mit Individuum (Person) schlechthin verwechselt oder wird das Wesen der Persönlichkeit in Originalität (Eigenart) erblickt. Dieser üblichen Auffassung gemäß ist der Mensch dann eine „Persönlichkeit", wenn er die große Masse der anderen Menschen entweder überragt oder positive wertlich durch seine Eigenschaften von ihr absticht. Dieses „Nicht so sein wie die anderen" oder das Abstechen von den anderen ist in letzten Endes nichts anderes als Originalität.

Daß nicht die Größe, das Hervorragen einer Person und ihres Namens den Wesensinhalt von Persönlichkeit ausmacht, ist augenscheinlich. Und zwar aus dem gleichen Grunde, weshalb ein vom Boden losgelöster Steinblock — und sei er auch von noch so gewaltiger Größe — kein Berg, eine noch so große Anzahl einzelner Hammel keine Herde, ein willkürliches Zusammenfurzen von Worten noch keine Sprache ist: Die Wesenheit eines Gegenstandes hängt nicht von dessen Größe ab.

Es läßt sich ebenso leicht erkennen, daß auch jene Auffassung von Persönlichkeit, die letztere auf „Originalität" zurückführt, durchaus unzutreffend ist. Die Unendlichkeit des Weltalls und seine unermeßliche Differenziertheit machen es unmöglich, daß irgendwelche zwei Dinge oder Gebilde sich einander absolut, bis aufs „Tüpfelchen" gleichen. Alles, aber auch alles, was in der Welt existiert, ist in irgendwelcher Hinsicht eigenartig. Originalität ist also kein Umstand, durch den sich die Dinge voneinander unterscheiden, fordern im Gegenteil — sie ist allen Dingen eigen; sie trifft auf „Persönlichkeit" ebenso zu wie auf „Tüpfel" und bildet gerade deshalb ebenfalls das Sondermerkmal der einen wie des anderen. Daraus ergibt sich aber auch, daß man Persönlichkeit (Individualität) nicht mit Person (Individuum) verwechseln darf. Jedes Lebewesen, jede Pflanze, ja überhaupt jeder Gegenstand ist, seiner Sonderartigkeit und Originalität gemäß, ein Individuum in diesem Sinne; individuell und doch dürfte es wohl niemandem einfallen, von der „Persönlichkeit" der Kaktuspflanze oder des Bandwurms zu sprechen. Daß man die beiden Begriffe trotzdem häufig verwechselt, rührt von einem Mangel an folgerichtigem Denken.

Ist Persönlichkeit weder Individuum noch Originalität, noch ein Ueberragen-Größe, noch ein Abstechen von den anderen Menschen, so kann sie nur eine Struktur (Einstellung) des Innenlebens sein. Und zwar nur eine solche Struktur, die ihrem Wesen nach unmerkbar ist, keine Abstufungsgrade kennt, die nicht größer und kleiner sein kann; denn dies würde ja schon Größe und das bereits als hinfällig erkannte Abstechen von den anderen oder auf Originalität hinauslaufen. Es gibt nur eine Struktur, die dieser Bedingung entspricht: die Struktur der Ganzheit. Während der zerrissene, zerspltterte oder gespaltene Innenmensch einen größeren oder kleineren Splitter darstellen, mehr oder minder zerrissen sein kann, kommt bei der Ganzheitsstruktur das Gegenverhältnis in Wegfall. Unter Ganzheit ist hier eine detaillierte Einstellung zu verstehen, bei der die einzelnen Funktionen des Innenlebens (Fühlen, Denken, Wille, Zusammengang) sich stets in einem derartigen Verhältnis zueinander befinden, daß die Entwicklung der einen Funktion zugleich auch die Weiterentwicklung der übrigen Funktionen anregt und fördert. Persönlichkeit ist somit nichts anderes als Ganzheit oder tätige Harmonie der psychischen Funktionen, oder mit anderen Worten: die funktionelle Harmonie des Innenlebens. (Näheres über das Wesen der Menschenpsyche in dem früher Gesagten.) Wo eine der Funktionen die anderen überwuchert und sich auf Kosten dieser entwickelt, dort verkümmern sie mit der Zeit, und der Mensch wird zum Scherben. Wer „nur" Denker, „nur" Willensmensch oder „nur" Gefühlsmensch ist, der ist ein Scherben, auch wenn er eine noch so gewaltige Denkkraft, eine noch so große Willens- oder Gefühlsstärke aufweist. Anderseits stellt ein Mensch, dessen Psyche die Einstellung der harmonischen Ganzheit aufweist, auch dann eine Persönlichkeit dar, wenn sein Innenleben von noch so kleinem Ausmaß ist.

Die Strukturgestaltung des Innenlebens eines jeden einzelnen Menschen wird durch die Einwirkungen seiner sozialen Umgebung bedingt. Je nachdem also, welche Einstellung diese Umgebung selbst vorwiegend aufweist, wird entsprechend auch die Richtung sein, nach der sich das Innenleben der Menschen gestaltet. Deshalb herrschen auch in verschiedenen Epochen der sozialen Gesichtsentwicklung, beim Vorwiegen dieses oder jenes Gesellschaftssystems die entsprechenden Einstellungen des Innenlebens vor. Demnach kann die Persönlichkeits-Struktur nicht in beliebigen Zeiten als allgemeiner oder weiterverbreiteter Menschentypus bestehen, sondern nur als Folge der Auswirkung eines ganz bestimmten sozialen Lebenssystems; eines Systems, das bereits selbst nach dem Grundsatz der harmonischen Ganzheit aufgebaut ist und einzig deshalb schon zum Vorläufer und Förderer der Persönlichkeitsstruktur des Innenlebens wird. Ein derartiges gesellschaftliches System aber hat es bis heute noch niemals gegeben; und deshalb konnte auch die Individualität als der gegebene, zeitgemäße Menschentypus niemals bestehen. Jedes Gesellschaftssystem wird durch die entsprechende Art der vorherrschenden gesellschaftlichen Funktionen bedingt, die ihrerseits wiederum in der vorherrschenden Struktur der Anlage alles sozialen Seins, in den technischen Methoden des gesellschaftlichen Lebensschaffens wurzeln. Die im Zeichen der primitiven Jagd- und Landwirtschaft, des Kleinhandwerks und der handarbeitlichen Manufaktur stehenden früheren Gesellschaftsordnungen waren nichts weniger als harmonisch. In ihrem gesellschaftlichen Aufeinanderfolgen zeigen sie vielmehr das bereits selbst nach dem Grundsatz der harmonischen Ganzheit aufgebaut ist und einzig deshalb schon zum Vorläufer und Förderer der Persönlichkeitsstruktur des Innenlebens wird. Ein derartiges gesellschaftliches System aber hat es bis heute noch niemals gegeben; und deshalb konnte auch die Individualität als der gegebene, zeitgemäße Menschentypus niemals bestehen. Jedes Gesellschaftssystem wird durch die entsprechende Art der vorherrschenden gesellschaftlichen Funktionen bedingt, die ihrerseits wiederum in der vorherrschenden Struktur der Anlage alles sozialen Seins, in den technischen Methoden des gesellschaftlichen Lebensschaffens wurzeln. Die im Zeichen der primitiven Jagd- und Landwirtschaft, des Kleinhandwerks und der handarbeitlichen Manufaktur stehenden früheren Gesellschaftsordnungen waren nichts weniger als harmonisch. In ihrem gesellschaftlichen Aufeinanderfolgen zeigen sie vielmehr das Bild einer zunehmenden gegenseitigen Entfremdung und Zerrissenheit der produktionstechnischen Methoden, einer fortschreitenden Zersplitterung der gesellschaftlichen Lebensfunktionen. Erst mit dem Aufkommen der Maschine entwickelt zum erstenmal die Struktur der in ihrer Beschaffenheit harmonischen Einheit der funktionellen Harmonie in der gesellschaftlichen Produktionstechnik. In dem Maße, in welchem diese von der modernen Technik ausgehende Struktur in die übrigen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens unserer Zeit vordringen beginnt, häufen sich die Voraussetzungen für das Entstehen und die weitere Entfaltung auch der Persönlichkeitsstruktur. Die Individualität ist erst im Werden begriffen; ihr zum allgemeinen Typus des menschlichen Innenlebens werden lassen, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Individualismus ist das Prinzip der absoluten Unabhängigkeit und Souveränität (Oberhoheit) der Einzelexistenz (Individuums) als höchster Lebensform, und somit auch deren Loslösung von Sozialen. Der Einzelmensch, wie er bisher in Wirklichkeit immer noch dasteht, führt seit Jahrtausenden geistig und seelisch ein solches Dasein; er war und bleibt ein Individuum. Die Persönlichkeitsstruktur konnte bisher keinen tauglichen Boden finden. Erst die in unserer Zeitzeit beginnende gesellschaftliche Umgestaltung des menschlichen Daseins schafft die nötigen Voraussetzungen für die Verbreitung der wahren Individualität. Der sich „liberal" (freiheitlich) dünkende Individualismus stellt nun den einzelnen als Individuum in den Mittelpunkt alles Seins; er will ihn von jeglicher sozialen Bedingtheit und Beeinflussung loslösen. Die praktische Verwirklichung der Bestrebungen des Individualismus bedeutet deshalb eine kunstvolle Weiterentwicklung (Konservierung) der bisherigen menschlichen Zerrissenheit; ein Festhalten des Menschen an seinem letzten Weiterwesen ist der Individualismus Gegner der Individualität.

Kollektiv ist eine Gesamtheit von Personen, sofern sie als organisierte Korporschaft in einer gemeinsamen Handlung geschlossen auftreten.

Kollektivismus, Sozialismus ist die Ueberragung des Prinzips der funktionellen Harmonie von dem Bereich der medizinisch-Maschinentechnik auf das gesamte gesellschaftliche Leben. Oder mit anderen Worten: Kollektivismus ist das Prinzip des alles gesellschaftliche Wirken einendenharmonischen Gesamtorganisation. Die weitere Entwicklung dieser sozialen Struktur ruft auch eine ihr entsprechende Einstellung des Innenlebens der Menschen hervor. Als allseitiger Träger der funktionellen Harmonie im Gesellschaftsleben ist der Kollektivismus (Sozialismus) zugleich auch der einzige Träger und Förderer der wahren Individualität in unserem Zeitalter.

Ein neuer Bundesgenosse des Schwerkapitals

Die Hirsch-Dunckerianer Gegner der Allgemeinverbindlichkeit

Wie bereits berichtet, hat die Zahlstelle Berlin mit den Berliner Innungen wieder einen Tarifvertrag abgeschlossen, der einen Mindestverdienst von 1.— Mark für handwerksmäßige und 1.15 Mark für orthopädische und mechanische Betriebe vorsieht. Für die Akkordarbeiter sind die handwerksmäßigen Betriebe einschließlich der orthopädischen sind die Akkordsätze im Tarifvertrag festgelegt. Diese Akkordsätze bestand für die mechanischen Betriebe nicht, weil die Arbeitnehmerseite und der technische Stand dieser Betriebe sehr verschieden sind. Eine Bestimmung in den Tarifvertrag aufzunehmen, wonach der im Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie, wonach die Akkordsätze unter Mitwirkung der Betriebsvertretung zu vereinbaren sind, existieren der deutschen Betrieben unzweckmäßig. Es wurde deshalb die Bestimmung aufgenommen, daß in Betrieben, in denen Akkordarbeiten in Teilarbeit ausgeführt werden, die Akkordsätze zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat festgesetzt werden, die Akkordarbeiter oder Akkordarbeiterinnen auf den tariflichen Mindestlohn von 1.15 Mark oder einen höheren Lohn kalkulieren, wenn sie diesen Lohn oder Akkord nicht erreichen.

Es wurde bereits in Nr. 44 des „Schuhmacher" mitgeteilt, welch traurige Rolle der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein und sein Vorsitzender, Herr Sturm, bei den letzten Lohnbewegungen der Schuh- und Reparaturbranche in Berlin, insbesondere bei dem Streik bei Zeburtin Söhne gespielt hat. Es ist selbstverständlich, daß die Zahlstelle Berlin, bei den Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag mit den Innungen es ablehnen mußte, gemeinsam mit dem Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Verbandes zu verhandeln, der die Streikbrecher bei Zeburtin Söhne organisierte, dessen Mitglied Zeburtin während des Streiks dort die Arbeit aufnahm und dessen Gauleiter, Herr Sturm, am Tage vor dem Streikbruch seines Mitgliedes mit der bestreikten Firma im Hotel „Baltic" Verhandlungen pflog. Daß die Berliner Schuhmacher Innungen keinen Wert auf einen Tarifabschluß mit einer Organisation legten, die Streikbrecher zu ihren Mitgliedern zählt, ist nur zu begrüßen. Aber der Hirsch-Dunckersche Verband will sich dafür an den Innungen und an dem Zentralverband der Schuhmacher rächen, indem er beim Reichsarbeitsministerium Einspruch gegen die von den vertragschließenden Parteien gemeinsam beantragte Allgemeinverbindlichkeit erhob. Das Schreiben des Herrn Sturm lautet:

Gewerkverein der Lederarbeiter Deutschlands (H. D.)
Geschäftsstelle: Berlin NO 55,
Greifswalder Straße 221.

Berlin, den 20. Oktober 1928.

Am 11. Oktober 1928 hat der Zentralverband der Schuhmacher, Geschäftsstelle Berlin, mit dem Verband der selbständigen Schuhmacher des Stadtkreises Berlin einen Tarifvertrag abgeschlossen, der auch Geltung für die größten mechanischen Schuhreparaturwerkstätten haben soll. Die Vertragschließenden haben vereinbart, beim Reichsarbeitsministerium die Allgemeinverbindlichkeit dieses Tarifvertrages zu beantragen.

Wir bitten ergebenst, diesem Antrage nicht stattzugeben.

Gründe:

Wir haben mit einem der großen mechanischen Reparaturbetriebe einen Tarifvertrag, gültig bis zum 31. März 1930. In den Kleinbetrieben, die die große Mehrheit der Gesamtbetriebe bilden, sind Mitglieder unserer Organisation beschäftigt. Durch den Abschluß und die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages für Groß-Berlin würde nicht nur unser bestehender Tarifvertrag hinfällig werden, sondern unsere Mitglieder würden dadurch vollständig schutzlos, dem Willen einer gegnerischen Organisation ausgeliefert werden.

Wir haben uns rechtzeitig bemüht, um als Vertragspartei in den Tarifvertrag für Groß-Berlin mit aufgenommen zu werden. Die Vertreter der einzelnen Innungen der Schuhmachermeister als Verhandlungskommission haben auch erklärt, daß sie dagegen nichts einzuwenden hätten.

Da es sich aber um kleine Handwerksmeister handelte, haben sie sich dem Diktat des Geschäftsführers des Zentralverbandes der Schuhmacher, Geschäftsstelle Berlin, gefügt, welcher damit drohte, die Verhandlungen abzubrechen, wenn unsere Organisation als Vertragspartei zugelassen würde.

Der Tarifvertrag soll die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln. Er kann und darf aber nicht einer einzelnen Organisation, als billiges Instrument der Agitation zur Werbung neuer Mitglieder und zur Bekämpfung der Mitglieder anderer Organisationen in die Hand gegeben werden. Letzteres wird schon heute mit diesem Tarifvertrag versucht. Die Rechtsmachung der Mitglieder der Organisation, die auf diese Art nicht Vertragspartei sein kann, wird, aber erst sanktioniert, wenn die Allgemeinverbindlichkeit eines solchen Tarifvertrages vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochen wurde.

Wir bitten deshalb nochmals ganz ergebenst, die Allgemeinverbindlichkeit nicht auszusprechen.

Gewerkverein der Lederarbeiter Deutschlands (H. D.)
Zip Berlin.
Büro: Berlin NO 55, Greifswalder Straße 221.
gez. W. Sturm.

An das Reichsarbeitsministerium (Abteilung Tarifwesen)
Berlin NW 40."

In diesem Dokument bringt Herr Sturm seine ganze Ohnmacht zum Ausdruck. Ihm ist es darum zu tun, daß in dem mechanischen Reparaturbetriebe der Firma Zeburtin Söhne nicht der für diesen Branchen Tarif, sondern der schlechtere Fernentarif Anwendung finden sollte. Dank dem schändlichen Verhalten der Hirsch-Dunckerianer wurde der Streik bei Zeburtin mußte die Zahlstelle Berlin einen verhältnismäßig schlechten Tarif abschließen. Nach diesem Abschluß hat sich Herr Sturm bereit, einen gleichlautenden Tarif abzuschließen. Eine solche Schmutzigkeit ist wohl nur Herrn Sturm möglich. Erst macht sein Mitglied Streikbruch, dann verhandelt er der streikenden Streikbrecher, und zum Schluß setzt er sich für den Nutzen dessen, was die Streikenden erkämpft haben. Nachdem aber die Zahlstelle Berlin mit den Innungen einen neuen, für alle Tarifvertrag als mit der Firma Zeburtin abgeschlossen hat, versucht Herr Sturm gegen die Allgemeinverbindlichkeit Einspruch zu erheben. Das ist doch Gewerkschaftspolitik. Dabei übersieht er ganz, daß der neue Tarifvertrag für die Firma Zeburtin auch schon ohne diese Allgemeinverbindlichkeit Geltung hat, denn die Firma ist Mitglied der Berliner Schuhmacher Zwangsinnung, die den Tarif gemeinsam mit den übrigen Berliner Schuhmacher Innungen abgeschlossen hat. Sein Einspruch kommte nun den Wert haben, daß für verschiedene Betriebe der neue Tarifvertrag nicht gilt, in denen ebenfalls die Hirsch-Dunckerianer sind, als in allen übrigen Betrieben, mit Ausnahme der Streikbrecher bei Zeburtin. Ferner konnte Herr Sturm mit seinem Einspruch erreichen, daß der neue Tarifvertrag zwar für die Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher, aber nicht für seine eigenen Mitglieder gilt.

Die Zahlstelle Berlin hat auf den Einspruch der Hirsch-Dunckerschen an das Reichsarbeitsministerium folgendes berichtet:

„Bezüglich meiner Anfrage des Herrn Reichsarbeitsministers vom 8. Nov. 1928 unter Nr. III b 2786/91 Tar. und den in Abschrift beigefügten Einspruch des Gewerkvereins der Lederarbeiter Deutschlands (H. D.) teilen wir mit, daß nach dieseitiger Auffassung der mit Datum des 18. Oktober 1928 zwischen dem Verband der selbständigen Schuhmacher des Stadtkreises Berlin und dem Zentralverband der Schuhmacher, Geschäftsstelle Berlin, geschlossene Tarifvertrag für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises im Tarifgebiet überwiegende Bedeutung hat.

Der Tarifvertragspartei auf Arbeitgeberseite gehören sämtliche Schuhmacher Zwangsinnungen, aber denen wiederum sämtliche selbständigen Schuhmacherwerkstätten, rund 6000, angehören. Nicht den Innungen angehören die Abteilung Schuhmacherei der Deutschen Orthopädischen Werke in der Alexanderstraße und einige wenige mechanischen Schuhreparaturwerkstätten. Die Unternehmerseite gehört fast geschlossen den einzelnen Gliedern der Tarifvertragspartei an.

Auf Arbeitnehmerseite sind rund 2000 gewerbliche Arbeitnehmer vorhanden. Davon sind zirka 600 arbeitslos und zirka 1100 werden in den obenangeführten Betrieben beschäftigt. Von diesen 1100 gewerblichen Arbeitern gehören 600 bis 700 dem Zentralverband der Schuhmacher an. Diese Zahl wird sich auf Grund des neuen Tarifvertrages in der nächsten Zeit noch erhöhen.

In der Anlage fügen wir einen Geschäftsbericht der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher für 1927 bei, sowie eine Mitgliederabrechnung für das dritte Quartal 1928. Die hierin verzeichneten Mitglieder sind ausschließlich der Fabrikbetriebe. Auf den Berufskreis des Tarifvertrages entfallen die oben angegebenen Mitglieder.

Der Einspruch des Gewerkvereins der Lederarbeiter Deutschlands ist infolgedessen völlig gegenstandslos, als es sich bei dem erwähnten „großen mechanischen Reparaturbetriebe" um die Firma Zeburtin Söhne in Berlin, Invalidenstraße 111, handelt. In diesem Betriebe tritt die gesamte, aus 33 Personen bestehende Belegschaft am 23. August 1928 in den Streik. Unter den Streikenden befand sich das Mitglied des Gewerkvereins der Lederarbeiter, Herr Ernst Schnickel. Der Streik wurde durch den Zentralverband der Schuhmacher geführt. Eine Woche nach Ausbruch des Streiks führte der Vorsitzende des Gewerkvereins, Herr Sturm, im Hotel Baltic, Invalidenstraße, ohne Wissen des Zentralverbandes der Schuhmacher Verhandlungen mit der Firma Zeburtin und am folgenden Tage nahm das Mitglied des Gewerkvereins, Herr Schnickel, die Arbeit mit einigen anderen auf. Der Gewerkverein organisierte nun die Streikbrecher, um seinen Mitgliedern aufzuhelfen. In anderen Betrieben der Branche hat der Gewerkverein keine Mitglieder. Bei Ausbruch des Streiks wurde zwischen der Firma Zeburtin und dem Zentralverband der Schuhmacher ein Abkommen geschlossen, das für manuelle Arbeiter über 21 Jahre einen Mindeststundenlohn von 1.— Reichsmark bis 1.12½ Reichsmark vorsieht. Ein gleiches Abkommen soll im Anschluß hieran auch der Gewerkverein der Lederarbeiter abgeschlossen haben.

Der neue Tarifvertrag ist für die ganze Branche geschlossen und sieht für mechanische Betriebe einen Mindeststundenlohn von 1.15 Reichsmark für manuelle Arbeiter über 20 Jahre vor. Er ist also bedeutend günstiger als der Firmentarif bei der Firma Zeburtin. Da die Firma Zeburtin Söhne aber Mitglied der Schuhmacher Zwangsinnung in Berlin ist, und diese Mitglied der Tarifvertragspartei auf Arbeitgeberseite, so entfällt der Einspruch von selbst, denn der neugeschlossene Tarifvertrag gilt auch für die obige Firma bereits ohne die Allgemeinverbindlichkeit.

Der Zentralverband der Schuhmacher sieht sich nicht verpflichtet, bei einem Tarifabschluß Organisationen hinzuzuziehen die neben einigen sich am Streikbruch Beteiligten, keine Mitglieder hat. Selbst die Innungen gingen, wahrscheinlich aus Neutralitätsgefühl und weil sie dem Gewerkverein der Lederarbeiter keinerlei Bedeutung beimessen, mit dem Zentralverband der Schuhmacher konform.

Ob der Tarifvertrag als Agitationsmittel verwandt wird oder nicht, kann auf die Allgemeinverbindlichkeit keinen Einfluß ausüben. Wenn der Gewerkverein der Lederarbeiter in den kommenden Lohnbewegungen an Stelle der Unternehmerinteressen, wie es im Falle der Firma Zeburtin geschah, die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, kann ihr es ihr vielleicht auch möglich, wenn auch nicht im gleichen Umfange wie dem Zentralverband der Schuhmacher, Mitglieder zu werben und zu erhalten. Die Allgemeinverbindlichkeit kann nicht im Interesse einer oder der anderen Organisation ausgesprochen werden, sondern lediglich im Interesse des Berufskreises, das heißt, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Durch die Allgemeinverbindlichkeit sollen die tarifreuen Betriebe gegen die Konkurrenz der tarifunreuen geschützt werden, wie auch die Arbeiterschaft gegen die willkürliche Entlohnung der Außenseiter geschützt werden soll. Diesen Schutz haben aber nicht nur die Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher, sondern auch die Unorganisierten und die dem Gewerkverein der Lederarbeiter Angehörenden, obwohl diese im Falle Zeburtin den um die Erhaltung ihrer Berufsrechte Kämpfenden in den Rücken gefallen sind.

Wir ersuchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister höflichst die Allgemeinverbindlichkeit auszusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
(folgt Unterschrift."

Es ist zu erwarten, daß die Allgemeinverbindlichkeit erfolgt. Das Vorgehen des Gewerkvereins kann nur als eine Schmutzigkeit bezeichnet werden.

Etwas für Verteidiger der christlichen Gewerkschaft

In der Betriebsratskonferenz vom 4. November in Pirmasens kamen sehr eingehend die Mißstände zur Sprache, die in zahlreichen Betrieben von Pirmasens und Umgebung herrschen. Es konnte aber auch ohne weiteres nachgewiesen werden, daß in den Betrieben mit der schlechtesten Organisation auch die größten Mißstände herrschen. Zum Beispiel ist die Bezahlung der Hemmungen in der Ausbertung der Organisation Hautsch verschwindend treffende Grund angeführt. Sehr erschwerend wirkt die große Zahl der Betriebsrätte infolge der häufigen Arbeitsnachweis, die Zersplitterung der Wohnstätten der Arbeiter, die sich auf mehr als 60 Orte verteilen, sowie die Schwierigkeit für so zahlreiche Betriebe geeignete Personen für das Amt des Betriebsrats zu finden. Ferner der Umstand, daß keine Abwanderung in andere Industrien möglich ist, die Ausbeutbarkeit der meisten Unternehmer, die unsinnige kommunistische Propaganda gegen die Leistungen des Verbandes und ihre planmäßige Untergrabung des Vertrauens in die verantwortlichen Persönlichkeiten und endlich der Kampf der katholischen Geistlichkeit gegen die freien Gewerkschaften.

Ein Artikel in der „Deutschen Lederarbeiter-Zeitung", dem christlichen Organ, faßt es zweckmäßig erscheinen, einmal hervorzuheben, was im einzelnen über die Einstellung der katholischen Geistlichen und der praktischen Auswirkung ihres Verhaltens in der Konferenz vorgebracht wurde. In einem Ort mit 2 Schuhfabriken ist es unserem Verbande unmöglich, eine Versammlung abzuhalten. Jeder Wirt ist bereit, sein Lokal herzugeben, aber nur dann, wenn die Erlaubnis des Herrn Pfarrers vorliegt. Letzterer verhält sich strikte ablehnend. Geduldet, aber auch nicht gerne gesehen, ist er die christliche Gewerkschaft. Dieses Verhalten des Herrn Pfarrers ist äußerst vorteilhaft für die Herrn Unternehmer. Während in der ganzen Schuhindustrie Arbeitsschlaffheit und Mangelarbeit vorherrschend sind, wird in diesem Ort voll gearbeitet. Die Arbeiter haben „Verständnis" für die Erfordernisse des Betriebs und lassen sich alles gefallen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind unter aller Kritik. Nachdem alle „Hetzer", die evtl. die Arbeiter über ihre rechtlichen Ansprüche aufklären könnten, ferngehalten werden, ist es für die Unternehmer eine Lust zu leben. Man hat noch nicht gehört, daß einer dieser Herren wegen Betrug oder Diebstahl bestraft wurde bei einer Bestrafung gelegentlich verbunden Anfrunde der Arbeiter, man hat auch noch nicht gehört, daß sich der Herr Pfarrer mit einem Donnerwort gegen die unrechtmäßige Bereicherung des Unternehmer zum Schaden der Arbeiter gewendet hat. Wir wollen nicht die in der „Lederarbeiter Zeitung" zitierten Ausdrücke, „Kapitalsfuchte und Funkelmannner" gebrauchen, können uns auch nicht erinnern, solche Ausdrücke gegenüber christlichen schon im „Schuhmacher" gelesen zu haben, aber wir konnten auch nicht begreifen, daß es zu den Aufgaben eines Pfarrers gehören soll, eine Arbeiterorganisation zu bekämpfen und damit gegen die Interessen der Arbeiter und für die Interessen der Unternehmer zu handeln.

In einem anderen Ort hatten wir mehr als 100 Mitglieder. Der Herr Pfarrer bestellte sie einzeln ins Pfarrhaus und forderte sie auf, aus der „roten" Organisation auszutreten. Dies geschah unter solchem Druck, daß alle bis auf zwölf der Aufforderung nachkamen. Die meisten davon sind nun unorganisiert. Wenn ihnen das vorgeworfen wird, erklären sie, bei den „roten" darf ich nicht sein und zu den „christlichen" will ich nicht. Das macht sich auch manche zunutze, der seine Beiträge bezahlen will, und der Unternehmer hat den Vorteil von der durch den Pfarrer hervorgerufenen Schwäche der Arbeiterschaft.

In einem anderen Ort sind drei größere Betriebe, in die wir ebenfalls nicht eindringen können, weil der Herr Pfarrer gegen uns ist. Viele Beispiele ließen sich noch fast vermehren. Keiner dieser Pfarrer kann irgendeinen Beweis anführen, wonach wir irgendwie der Religion zu nahe getreten wären. Die Religion haben wir bei jeder Gelegenheit als eine Privatangelegenheit des einzelnen Menschen bezeichnet. Wir verlangen aber von den Arbeitern Solidarität gegenüber den sehr vielfach vertretenen Interessen des Unternehmertums und sagen ihnen, daß sich die Arbeiter nur durchsetzen können, wenn sie geschlossen organisiert sind. Die Unternehmer sind, obwohl sie den Arbeitern schon durch ihre bessere Bildung überlegen sind, auch organisiert. Aber nicht nach religiösen Bekenntnissen. Juden, Katholiken und Protestanten sind ihr einträchtig beisammen zur Wahrung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Wir haben noch nie erlebt, daß in einem ganz katholischen Ort der Fabrikant seinen Arbeitern deshalb Vorteile gewährt hat, weil sie Glaubensbrüder sind. Es kann im Gegenteil festgestellt werden, daß in einer ganzen Anzahl solcher Orte der scharfste Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht, daß die Arbeiter in der radikalsten Weise unterdrückt werden und daß die christliche Gewerkschaft standig gezwungen ist, wenn sie sich erhalten will, gegen solche Unternehmer Klage zu führen, die oft einen tiefen Einblick geben in die Uebermacht wirtschaftlicher Interessen seitens der Unternehmer, gegenüber den sittlichen Forderungen der Religion. Es ist ein Jammer, daß den Arbeitern immer noch vorgemacht werden kann, sie müßten in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen aus religiösen Gründen getrennt marschieren. Aber es ist ein Trost, daß doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiter eine andere Auffassung hat, sonst wären nicht von jetzigen Schuhmachern 50,000 im Zentralverband der Schuhmacher. Die Mehrzahl dieser bei uns organisierten Mitglieder sind zweifellos Angehörige der protestantischen und katholischen Kirche und fühlen sich in ihrer religiösen Einstellung nicht im geringsten behindert. Wir haben auch Friedensfeste, sogar solche, die öffentlich genau so ihre Meinung sagen wie Angehörige anderer Konfessionen, wenn über dieses Problem diskutiert wird. Keines unserer Mitglieder wird aber sagen können, daß es schon nach seiner religiösen Einstellung gefragt wurde, oder aber, daß ihm in dieser Richtung irgendeine Vorsicht gemacht wurde. Auch in unserem Statut ist in dieser Richtung nicht das geringste enthalten. Wer wahrhaft die Interessen der Arbeiter vertreten will, der kann ja nur zu einer einheitlichen, geschlossenen Organisation raten und in dieser Richtung arbeiten. Wenn die christliche Organisation die Mitarbeit und Mitunterzeichnung des Tarifvertrages ablehnen wurde und eigene Wege gehen wollte, würde sie sich in Widerspruch stellen zu den vorhandenen Bedürfnissen der Arbeiter und zusammenbrechen. Wenn man also durch die Umstände gezwungen ist, in einer Linie zu kämpfen und wenn man weiß, daß hierbei nur religiöse Fragen eine Rolle spielen, dann soll man auch den Mut haben, den Arbeitern zu sagen, **ihr gehört alle zusammen.**

Christliche Wahrheitsliebe!

In der „Deutschen Lederarbeiterzeitung", dem Organ des christlichen Verbandes, wird Herr Hautsch-Tittlingen in gewohnter Art gegen uns zu Felde. Wir haben das Bedürfnis bekommen, die Tätigkeit des Herrn etwas unter die Lupe zu nehmen. Hatte doch ein Fabrikant bei einer Gerichtsverhandlung sich auf das eidende Zeugnis dieses „Betreuers der Arbeiterschaft" berufen. Offenbar aus da scheint er Courage zu haben, gegenüber den Unterzeichnern zieht man Zumthaubschuhe an.

Auf unsere Veröffentlichung über das Verhalten dieses Arbeiterbetreters hat er in einem Artikel geantwortet. In einer Versammlung der Arbeiterschaft der Firma B. in Zittau, in der auch Mitglieder der christlichen Organisation anwesend waren — Herr Hautsch, der auch eingeladen war, hatte erklärt — hatte der leitende Betreter der christlichen Organisation im Betrieb B., daß, wenn sich Hautsch der ihnen erklärt hatte, der Mitl, wie er ihn bezeichnen mußte, nicht in die Zeitung kommen wäre.

Diese „feinsinnige" Bestrebung der Zeugenweise des Herrn Hautsch haben wir im „Schuhmacher" veröffentlicht. Darauf wor H. ganz aus dem Häuschen. Daß seine Zeitschrift sich anders ist, darauf war er sich sicher nicht im Traume, aber daß einer seiner Vertrauensleute das offen aussprach, ließ ihn nicht ruhen. Nun kann man eine Wahrheit nicht mit wegdiskutieren, trotzdem tut das Hautsch. Und es ist bezeichnend für die Wahrheitsliebe des „Christen", daß er diese Aeußerung direkt und unverfrorenen ablehnen. Hautsch schreibt in Nr. 43 der „Deutschen Lederarbeiter Zeitung": „Wir haben aus an zuverlässiger und maßgebender Stelle darüber erkundigt und einmandfrei festgestellt, daß die vorstehenden Worte von keinem unserer Redner ausgesprochen wurden; somit hat sich die also so wesentlich hinzestellte Mitteilung als glatte Unwahrheit erwiesen."

Das ist offenbarer Schwindel. Entweder schwindelt Herr Hautsch oder es schwindeln seine Mokesen.

Aus den Tatsachen des Artikels geht hervor, daß H. weiß, wieviel seiner Leute in der Versammlung waren. Wenn er diese Leute gefragt hat, ganz besonders den in seinem Artikel erwähnten Betriebsratsvorsitzenden, und es ist ihm die Auskunft gegeben worden, daß diese Aeußerung nicht gefallen ist, dann haben ihn seine Kollegen angelogen. Haben sie ihm aber gesagt, daß diese Aeußerung gefallen ist, dann liegt Hautsch.

Wir können ja begreifen, daß die Kennzeichnung der Scheißweise H. nicht angenehm ist, aber eine Tatsache, die von einen in

der Versammlung Anwesenden bejaht werden muß, einfach wegzuschweiden, das werden wir nicht zulassen.

Wir stellen nochmals fest: In der fraglichen Versammlung hat der Vertrauensmann der „Christlichen" L. die wörtlich wiedergegebene Aeußerung getan: „Hantl hat bei uns nicht angefragt; wenn er sich erkundigt hätte, wäre der Mist, wie ich ihn bezeichnen muß, nicht in die Zeitung gekommen." Wir sind bereit, vor jedem Gericht diese Aeußerung nicht nur durch die Teilnehmer unserer Organisation, sondern auch durch die Teilnehmer der „Christlichen" bezeugen zu lassen. Herr Hantl wird uns mit der einfachen Ableugnung des Ausspruches nicht entwischen. Der Wahrheit soll man die Ehre geben, auch wenn man einer Organisation angehört, die sich „christlich" nennt.

Wie H. sich doch in seinem Artikel zusammengereimt hat, sieht uns fast. Eine Zeitschrift, die so drastisch von den eigenen Mitgliedern bewertet wird, nehmen auch wir nicht ernst, er mag seinen „Mist" weiter verspeisen, wir werden tun, was wir für richtig halten.

Der Mond der wird oft angebellt von vielen Mopsen dieser Welt, vergessen lassen sie's ihm nie, daß er nicht ist ein Mops wie sie.

Gewerkschaft und Partei

Ueber das Verhältnis der Gewerkschaft und Partei ist schon viel geredet und geschrieben worden. Es ist durchaus notwendig, daß diese beiden Arme der Arbeiterbewegung in einem gedeihlichen Verhältnis miteinander stehen. Wir sind darüber hinaus, daß die Gewerkschaften lediglich als Rekrutenschulen der Partei angesehen werden. In ihrer organisatorischen Selbstkraft und gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung müssen im Gegenteil die Gewerkschaften als der Kampfplatz der Massenbewegung angesehen werden. Auf verschiedene Dinge der engen Verbundenheit zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wies der Kollege Fritz Lamm kürzlich in einem Artikel des „Vorwärts" hin:

„Wirtschaftspolitik, Handels- und Zollpolitik sind neben der Sozialpolitik entscheidende Faktoren der Lohnbildung. Der mit gewerkschaftlicher Lohnkampf findet deshalb seine notwendige Ergänzung im politischen Lohnkampf. Der gewerkschaftlich erkämpfte Lohn wird erst in Verbindung mit der politischen Lohngestaltung zum Reallohn, der das Maß der Lebenshaltung bestimmt. So ist die innige Verbundenheit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion und damit zwischen Gewerkschaften und Partei im neuen Staat noch viel selbstverständlicher geworden, als sie es früher war. Als die politische Organisation der Arbeiterschaft sich spaltete, wurde zunächst die Form der Zusammenarbeit für die Gewerkschaften problematisch. Heute existiert diese Frage nicht mehr. Die politischen Interessen der Gewerkschafter sind zwar nicht unter allen Umständen auf eine bestimmte Parteipolitik abgestellt, aber sie erfordern den größtmöglichen positiven Einfluß auf die Gesetzgebung und den Staat. Indem die Kommunistische Partei grundsätzlich der positiven politischen Mitarbeit im heutigen Staat entsagt hat, hat sie sich selbst von der politischen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausgeschaltet. Bei Gleichheit der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeit kann also gar keine andere Ausgang finden als enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei."

Scheinkonstitionalismus und Wirtschaftsdemokratie

Der bekannte Professor Hellpach, der frühere Staatspräsident von Baden, sprach kürzlich in Zürich über das Thema „Führung und Masse im Wirtschaftsleben". Hellpach forderte eine Wirtschaftsdemokratie, in der die Leiter der Wirtschaft zu Führern, die Massen hingegen zu Wirtschaftsbürgern werden, die sich positiv am Aufbau der Wirtschaft beteiligen. „Ebenso wie es für den politischen Scheinkonstitutionalismus vor dem Kriege keine organische Lösung gegeben habe, fordern erst die Umwälzung von 1918 erfolgen mußte, ehe die Herrschaft des Volkes zur Tatsache werden konnte, wird auch der wirtschaftliche Scheinkonstitutionalismus der Gegenwart, wie er in dem Verbandssystem sich verkörpert, durch eine Umwälzung beseitigt werden können. Diese Umwälzung könne in organischer Weise geschehen, wenn es gelinge, die Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen." Hellpach hält aber eine Aenderung der Wirtschaftsgesinnung bei den Führern und der Masse für notwendig. Der Vortragende richtete an die Wirtschaft einen Appell, sich nur der Wirtschaftsdemokratie als Tatsache abzufinden und der wirtschaftlichen Schulung der Masse keinen Widerstand entgegenzusetzen. – Es ist sich schmeichelhaft zu tun die Gewerkschaften, daß die besten Kräfte der Nation die Forderung der freien Gewerkschaften nach Wirtschaftsdemokratie aufgreifen und sie als berechtigt anerkennen.

Bekanntmachungen des Zentraltarifamtes für die Schuhindustrie

Tagesordnung

für die am Freitag, 30. November 1928, vormittags 10 Uhr, im „Weißen Saal" zu Berlin, Mottenstraße 28, stattfindende Tagung des Zentraltarifamtes für die Schuhindustrie.

I. Erinnerung.

1. Beschwerde von Pohlmann & Zutz, A. R. in Ortsklasse 4. – II. A. 27 28.

II. Beschwerden.

1. Jos. Mitscher & Stotz, Brieg a. C., gegen Zentralverband der Schuhmacher II. 9. 28.
2. Zentralverband der Schuhmacher gegen Firma Zanger & Stockmann in Berlin II. 10. 28.
3. Zentralverband der Schuhmacher gegen Firma Hermann Liebmann in Offenbach II. 11. 28.
4. Firma Wertheim Aus, Bonnaskmstadt, und Firma Preßfelder & Meisinger in Aschaffenburg gegen Zentralverband der Schuhmacher II. 12. 28.
5. Zentralverband der Schuhmacher gegen Firma Engelhardt AG in Berlin II. 13. 28.
6. Firma Anton Bebola, Primasens, gegen Zentralverband der Schuhmacher II. 15. 28.
7. Zentralverband der Schuhmacher gegen Firma Conrad Jack & Co. in Berlin-Weißensee II. 16. 28.
8. Firma Geschwind, Gelsenkirchen, gegen Zentralverband der Schuhmacher II. 17. 28.
9. Firma Geschwind, Gelsenkirchen, gegen Zentralverband der Schuhmacher II. 18. 28.

Berlin, den 13. November 1928.

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Oberfohl, Zentralpräsident.

Der heilige Krieg ist nicht nur gerechtfertigt, sondern mehr als gerecht, um einen Widerstand an allen Zähnen zu ergreifen, die des Lebens Notdurft oder Anschmiedlichkeit erfordert. **Thomas More.**

Betriebsrätekonferenz Bezirk 4

Am 28. Oktober fand in Köln a. Rh. eine Konferenz der Betriebsräte des 4. Bezirks statt. Es nahmen an derselben 40 Delegierte und eine Delegierte teil, außerdem fünf Mitglieder der Bezirksverwaltung und der Kollege Ley vom Hauptvorstand. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Kollegen Weber und den Kollegen Ley, der die Grüße des Hauptvorstandes überbrachte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Kollege Weber gab einen eingehenden Bericht über die Lage der Schuhindustrie im hiesigen Bezirk, und Kollege Ley ergänzte diesen Bericht, indem er einen interessanten Ueberblick über die Verhältnisse in der Schuhindustrie im ganzen Reiche bot. Nach diesen beiden Referaten entwickelte sich eine sehr lebhafte Aussprache. Die einzelnen Betriebsräte berichteten aus ihren Betrieben, und man kam zu der Ueberzeugung, daß die momentane Krise von den Unternehmern allenthalben zu Lohnherabsetzungen und Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis benutzt werden soll. Die nachfolgende Entschließung, die das Vorgehen der Unternehmer auf das schärfste geißelt und auffruft, all: derartigen Versuche zurückzuweisen, wurde einstimmig angenommen.

Entschließung.

Die am 28. Oktober 1928 in Köln a. Rh. tagende Betriebsrätekonferenz der Schuhindustrie vom Bezirk IV nahm Stellung zu den Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne herabzusetzen. Häufig wird der Lohn ohne jede Vereinbarung und ohne Mitwirkung der Betriebsvertretung herabgesetzt, teilweise so stark, daß es den Arbeitern nicht mehr möglich ist den Tarifstundenlohn zu erzielen. Die Konferenz fordert deshalb alle in der Schuhindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen auf, allen Versuchen, die Löhne herabzusetzen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Ortsbezw. Bezirksverwaltung ist sofort von jedem Versuch, die Löhne herabzusetzen, in Kenntnis zu setzen.

Die Verhandlungen haben aber die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Betriebsräte einmütig und geschlossen hinter ihrer Organisation stehen, und gewillt sind, alle Mittel und Wege in Anwendung zu bringen, wo Versuche unternommen werden, Lohnreduzierungen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorzunehmen, zurückzuweisen.

Nach eingehenden Erläuterungen durch Kollegen Weber und Ley, über die am 1. Januar 1929 einzuführende Angestelltenversicherung, wurde die Konferenz gegen 5 Uhr geschlossen.

Ein neuer Bata-Prozeß

„Der unbekannte Diktator Thomas Baťa."

Am Dienstag, 13. November, fand vor der 7. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin der Termin wegen Einspruchs des Verfassers des Buches „Der unbekannte Diktator Thomas Baťa", vertreten durch Dr. Paul Levi, gegen die einstweilige Verfügung dieses Landgerichts statt, kraft deren das Buch in Deutschland nicht verbreitet werden darf. Dr. Paul Levi übergab dem Gericht 115 Seiten von eidesstattlichen Erklärungen, in denen Baťas Angestellte und Arbeiter die Richtigkeit der von Philipp gemachten Angaben bekunden. Alle diese eidesstattlichen Erklärungen stammen aus den letzten acht Wochen und es befinden sich darunter auch Aussagen von Beamten in gehobener Stellung, von Direktoren, Kontrolleuren, Verwaltern und Obermeistern. Nach den Plädoyers der beiden Rechtsanwälte, die mehrere Stunden dauerten, verkündete die 7. Zivilkammer, daß sie die Bewegungsanträge schlicht und den beiden Prozeßparteien im Tausch der nächsten Tage das Urteil schriftlich zustellen werde. Wir kommen auf das Urteil, das für die deutschen Schuharbeiter ebenso wichtig ist, wie für die deutsche Schuhindustrie, zu gegebener Zeit zurück.

Ein schneidiger Beamter

„Ich lehne es ab, die Obersekretärprüfung in einem Saustaate zu machen."

Ein Justizsekretär jetzt dieser Sorge entboten.

Der beim Amtsgericht in Bernburg angestellte Justizsekretär Hofker hatte in einem öffentlichen Dienstzimmer des Gerichtsgebäudes geäußert, er lehne es ab, die Obersekretarprüfung in einem „Saustaate" zu machen, in dem ein Zentrumsgeselle Reichspräsident werden könne. Das Disziplinargericht hat unter Gewährung von 50 Prozent des Ruhegehaltes bis zum 31. Dezember 1930 gegen ihn auf Dienstentlassung erkannt. Dieses Urteil wurde jetzt vom Anhaltinischen Disziplinarhof unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Deist bestätigt.

Nun wird der Justizsekretär Hofker aber den letzten Trumpf ausspielen: Er wird auf das Ruhegehalt des „Saustaates" mit einer Handbewegung – verzichten! Oder nicht?

25 Jahre Gewerkschaftsredakteur

Am 1. November feierte der Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", Willi Mahl, ein seltenes Jubiläum. Der Kollege Mahl gehörte an diesem Tage der Redaktion des „Korrespondent" 25 Jahre an. Der Jubilar trat in die Redaktion nach dem Tode Richard Hartels, des Gründers des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, ein. Eine Zeitlang arbeitete er mit Ludwig Rechbauer zusammen. Seit 1910 ist Mahl Leiter des „Korrespondent". In den letzten Jahren hatte er seine Kraft hauptsächlich der Fertigstellung der Verbandsgeschichte gewidmet. Die bis jetzt erschienenen diesbezüglichen Werke legen Zeugnis für die gründlichen Arbeitsmethoden des Jubilars ab. Kollege Mahl war nicht nur Redakteur und Schriftsteller, sondern er war auch in der Tarifkunst zu Hause. Der Tarifvertrag Mahls ist es nicht zuletzt zu danken, wenn der „Korrespondent" ein hohes Ansehen unter der Gewerkschaftspresse genießt. Wir wünschen dem Jubilar, daß er in voller Gesundheit noch weiter im Dienste der Gewerkschaftsbewegung tätig sein möge.

Mitteilungen

Aufenthaltsermittlung

Welcher Kollege oder Kolleginn oder welche Zahlstelle ist in der Lage, uns den Aufenthalt des Kollegen Dorschky, geb. 12. Mai, früher beschäftigt gewesen in Rehau, zur Zeit vermutlich in Carlsbad, anzugeben. Wir ersuchen um Mitteilung der Adresse an den 1. Bev. Wilhelm Berger in Aschaffenburg, Aschersinäße 21a.

Die Zahlstelle Rehau.

Literatur

Panzerkreuzer und Sozialdemokratie. Umfang 16 Seiten. Broschiert Preis 0,40 ℳ. Deutsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Aus dem Inhalt: Vorwort – Tatsachen und Betrachtungen. – Die Rechtslage. – Panzerkreuzer und Außenpolitik. – Wehrpolitik und Panzerkreuzerbau. – Das Reichsgericht des Finanzministers. – Die Stimmen der Presse. – Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Mitgliedschaften und Organisationen. – Die Broschüre wendet sich besonders an die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei, die im Jahre 1. auf den Kaiserreichstag vom 10. August 1928 den Bau des Panzerkreuzerbaues und das Einverständnis der sozialdemokratischen Reichsminister mit ihm tadelnd verurteilen. Darüber hinaus aber auch an alle diejenigen, welche dem Anfang einer neuen Aufrüstung und damit der Gefahr eines neuen Krieges wehren wollen. In zusammenfassenden Betrachtungen wird alles, was wesentlich ist zur endgültigen Situation sowohl in der Sozialdemokratischen Partei wie in der Gesamtbevölkerung anläßlich des Panzerkreuzerbaubeschlusses, erörtert mit Zustimmung führender sozialdemokratischer Politiker und der sozialistischen Jugend. Der zusammenfassende Anhang bringt die gesammelten Beschlüsse der Parteitage und Funktionärkonferenzen der Sozialdemokratischen Partei im ganzen Reiche, die – soweit bekannt – Entschließungen gegen die Panzerkreuzerbauplane gefaßt haben. Alles in allem: die Broschüre will Material für jede Aktion, die eine Aufrüstung geben.

Das Gewerkschaftsbuch der Gewerkschaften, in der vom Bundesvorstand des ADGB. empfohlenen Westfälischen Ausgabe des deutschen Buches. Preis anstatt 7,50 ℳ nur 3,75 ℳ. Alle Gewerkschaftler des Bundes, alle Vertrauensleute der Gewerkschaften verteilen Gewerkschaftsbücher, nehmen Werber an. Herbst überall! Kampf der Gewerkschaftsjugend!

„Kulturwille" Nr. 11 „Revolutionsnummer". Zur zehnten Wiederkehr des 9. November bringt der „Kulturwille" eine äußerst [illegible] Oktober-Nummer heraus. In zwei Aufsätzen – „Vom Weltkrieg bis Vom Zarismus zum Krieg" – werden die wichtigsten Ursachen zusammengefaßt, die den Krieg verursachten, und zwar wird im Abschnitt: „Die werdende Revolution" – „Der neunte November" – [illegible] eine Uebersicht der Ereignisse der zwei letzten Kriegsjahre. Es ist nicht nur eine Aufzählung der Ereignisse, sondern der „Kulturwille" setzt sich mit den Revolutionsstadien auseinander und die Arbeiten „Waren die November-Tage 1918 eine revolutionäre Notwendigkeit?" und „Der Lohnstreik beschränkt" lassen auch den kritischen Charakter des Heftes deutlich. Die Nummer wird aber noch durch historische Beiträge [illegible] mit Zuhilfe einer Sammlung revolutionärer Gedichte und [illegible] Uebersicht über die Kunstbewegungen seit 1918 – bedeutungsvoll [illegible] über Theater, Literatur und Film finden den obrigen Text des Heftes. Wir empfehlen jedem Genossen, sich diesen „Kulturwillen" anzuschaffen, da er eine [illegible] „Propaganda" für das weitere Bestehen der Kriegs- und Revolutionstage gibt. – Der „Kulturwille" ist durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen und kostet im Einzelnen [illegible].

Max Winter: Die lebende Blume. Roman aus dem Jahre 1928. Umfang 256 Seiten. Preis broschiert RM 4,20, Leinen RM 4,50. Deutsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Der bekannte Verfasser der sozialistisch Kindertreende Bewegung, Max Winter, unternimmt hier den Versuch, die Welt nach Ottokarja der sozialistischen und technischen Verhältnissen unserer Zeit darzustellen, [illegible] spannt in den Rahmen einer Handlung die einen Zeitalter aus unserer Zeit hundert Jahre später entwickelt lässt, also das sozialistische und [illegible] Streben unserer Tage dazumal verteilt der Erfindung der Zeitmaschine, erzählt sich ein uberaus reizvolles Bild. Wahrhaftiger Sozialist und Menschenkenner verbindet im kommenden Jahrzehnt Winter unkritischerweise sich aber von anderen Utopisten das, daß er sich [illegible] an die Wirklichkeiten hält, die sozialpolitisch wie naturwissenschaftlich [illegible] zeigt scheinen. Die neueste einer Gemeinwirtschaft, wie sie der Sozialismus erstrebt und als erstrebenswert findet, werden bei Winter [illegible] blühenden Zustand erfüllt. Wirklichkeit erzählt, nichts weiter. Was Winter schildert, entbehrt dabei nicht der Sicherheit möglicher Durchführung und trägt deshalb die überzeugende Wahrheit [illegible] Entwicklung in sich. Zum der bedeutende Zukunftsroman Winters sein Werk als Hymnus auf die beständende Gemeinschaftsidee sozialistischen Lebens unserer Zeit aufstellen, in selbstverständlich.

Adolph „Hoffmanns Erzählungen", 200 Seiten stark, auf Postpapier. Gesammelte Erinnerungen aus vierundfünfzig Jahren. Preis RM 3.– Porto. Verpackung 30 Pfg. Verlag Moll Hoffmann, Berlin C 47, Koppenstraße 6, 2. Stock. – Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit Bismarcks Zähmdaseins über die Zentrale Wirksamkeit verbannt wurde. „Zwölf lange Jahre sollte es mit dem Sozialistengesetz, Wie viele sind noch am Leben, die diese Zeit mit Bewußtsein erlitten haben? Und wie viele unter diesen sind imstande, das, was sie damals erlebt haben, der Nachwelt zu überliefern? Zu wertvollen wissenschaftlichen Werken, die zur Zeit behandeln, fehlt es nicht. Aber an solchen, die zeitgeschichtliche und zeitbeschreibende Bedeutung haben, und vor allem der Jugend, in leichtfaßlicher Form zu vermitteln wissen. Diese wissen hätten Adolph Hoffmanns Erzählungen aus. In lebhaften, fesselnden Plaudertön entrollen sie ein Bild vierzig Jahre, die man das Heldenzeitalter der deutschen Sozialdemokratie nennen darf. Die ernsten Geschichte, Charakterbilder, politische Ereignisse und Abenteuer, meist in humoristischer Form, immer aber mit dem tiefernsten Hintergrund der Umspannung eines leidenschaftlichen alten Kämpfers, dem die Erinnerung an jene Zeit des Grimm und der Entrechtung noch heute die Gase ins Auge treibt. Kaum ein Buch, wie dieses geeignet, die Nachkriegsjugend aufzurütteln zum Kampf gegen jene Mächte, die, anerkennend von rechts und links, auch heute noch die deutsche Arbeiterschaft mit kapitalistischer oder bolschewistischer Sklaverei bedrohen. – Kein besseres Geschenk zum Weihnachtsfest wählen wir als dieses unterhaltende, belehrende und propagandistisch wirkungsvolle Werkchen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 18. November bis 24. November der 47. Beitrag fällig.

Betrifft Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung

Wir weisen nachdrücklich darauf hin, daß diesmal schon Sonnabend, der 24. November, als Zahltag in Frage kommt. Die Zahlstellen haben rechtzeitig allen Orten zu. Wo auch Verhältnisse der Art eine Zeitung nicht pünktlich den Mitgliedern erreicht, ist eine Eintaktung von uns anzuordnen oder auf der Kassiere einer einzelnen Zeitung die Meldung zu erstatten. Bedauerlicherweise hatten am letzten Zahltermin eine Anzahl auswärtiger Zahlstellen nicht oder erst verspätet berichtet, so daß das Ergebnis nicht vollständig war. Wir müssen künftig die säumigen Orte öffentlich im Verbandsorgan bekanntmachen. Darum berichte jede Ortsverwaltung rechtzeitig.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen

Auf Grund des § 6 Absatz 1 des Statuts wird der Zahlstelle Heidelberg i. Bad. die Genehmigung erteilt, mit Wirkung vom 28. Oktober 1928 einen Beitragsgroschen in allen Beitragsklassen einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Monat und Mitglied zu erheben.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Lokalbeitrag zu bezahlen. Andernfalls Ausschluß aus dem Verbande nach § 8 Absatz 2 des Statuts erfolgen kann.

Offenbach, den 17. November 1928. **Der Vorstand.**

Druck: Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher. V.d. Simons, Nürnberg, Eff. Hauptstraße 1.

Anzeigen

Künzelsau! Einladung!

[illegible] November 1928, abends 7 Uhr [illegible]

10jährigen Gründungs-Feier der Zahlstelle Künzelsau

[illegible]

Fortschrittlich denkenden Schuhmachermeistern

auch Gesellen mit beiständiger Haftung, die ihre Geschäfte [illegible] heutigen Zeitverhältnissen entsprechend ausbauen und [illegible] wünschen, wird, von bedeutendem Schuhfach [illegible] Gelegenheit zur Einrichtung einer [illegible] Einsatz mit Gutbenden [illegible]. **Bedingung:** [illegible] Bewährtheit, ehrenhafter Ruf und 1500 bis 2500 [illegible] je nach Größe des einzurichtenden Betriebes eigene Mittel. [illegible] in lebhaften Vorstadtgebieten Industrieplätzen. Einarbeitung [illegible] vorhanden, mündlich oder schriftlich.

Offerten unter **FM 11723** an **ALA** Hasenstein & Vogler, Hamburg.

Sie suchen Qualitätswerkzeuge

[illegible] bitten wir Sie, [illegible] Werkzeugen und Werkzeugmaschinen [illegible] und verschiedenen Schuhmacher-Innungsfachschulen [illegible] Sie in Ihrem Bezirk [illegible] Sie [illegible] Werkzeugen [illegible] Sie [illegible] Werkzeugen [illegible]

E. Vögtle, Berlin N. 54, Linienstraße 41
Das Haus der Qualitätswerkzeuge